Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gelpaltene
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 46.

Sonnabend, den 12. November 1910.

14. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Streiks und Volkswirtschaft. I. — Was Herr Dr. Lille will! — Streikbewegung im Ausland. — Bekanntmachungen des Zentralverbandes. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Quittung. — Ausweis über zurückgeschicktes Material. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Neue Zahlstellen. — Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

Beilage: „Zu hohe Beiträge.“ — Die Musterbaubude der Steinfeger auf der Brüsseler Weltausstellung. — An den Landtagsabgeordneten Oswald in Schaffenburg. — Vom Bauerschulwesen. — Literarisches. — Feuilleton: Die Leidensgeschichte der fünf Steinmehlen. II.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Neben alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperzt sind: Mainz: Marmorwarenfabrik J. R. Köbig. — Königsberg: Granitwerk Edart.

Im Granitbezirk des Odenwaldes (Heppenheim, Rirschhausen, Sonderbach, Femsbach) sind wegen einseitiger Auslegung des Bezirkstarifs, soweit die Brecherarbeit in Frage kommt, ernsthafte Differenzen ausgebrochen. Die Brecher sind am 24. Oktober in den Streik getreten, und die Steinmehlen, welche Brecherarbeit verrichten sollten, lehnten dieselbe ebenfalls ab. Daraufhin kündigten die Unternehmer etwa 150 Steinmehlen das Arbeitsverhältnis. — Herr Bräuer will in Hauzenberg und Herr Rüh in Unterfränkischen und in Böhmen Streikbrecher anwerben. Sie haben es besonders auf christlich-organisierte Steinarbeiter abgesehen. — Der Steinmehlenverband in Berlin hat 294 Odenwaldsteinarbeiter auf die schwarze Liste gesetzt und doch soll die Unternehmervereinigung des hiesigen Bezirks dem Berliner Hauptverband gar nicht angeschlossen sein.

Baumholder. Die Firma Burger verlangt, daß ihre Arbeiter aus dem Verbandsgebiet und die Bücher abgegeben sollen. Zugang ist zu vermeiden.

Dypach. Die Granitfirma Tempel & Mainhold ist wegen Tarifiereduzierung gesperrt. Die Firma scheint „Winterlöhne“ einführen zu wollen.

Schweiz. Gesperrt sind: Basel für Kunststeinarbeiter; Surava für Tuffsteinarbeiter. — Zürich: Marmorfirma Schneebeli.

Oesterreich. Gesperrt sind folgende Orte: Ofeg, Rixdorf, Göding, Mauthausen, Schwertberg, St. Georgen, Sarningstein, Porq, Linz, Freistadt, Fürstenbrunn.

Streiks und Volkswirtschaft.

I.

Nicht nur Gesetze und Rechte, sondern auch falsche volkswirtschaftliche Ansichten erben sich wie eine ewige Krankheit fort. Von den Gegnern der Arbeiterbewegung werden sie sehr gern gegen die Gewerkschaften ausgespielt, um deren Tätigkeit zu diskreditieren. Und da es sich dabei um sachliche Einwände handelt, sind sie wohl geeignet, die Aktionen der Arbeiterorganisationen zum Teil nicht nur als nutzlos, sondern gar als schädlich erscheinen zu lassen. Die Feinde der Arbeiter akzeptieren solches Urteil selbstverständlich mit Freuden, aber auch die Freunde können sich der ungünstigen Schlussfolgerung nicht entziehen, wenn sie die Voraussetzungen, von denen die Gegner ausgehen, als richtig anerkennen. Wenn man z. B. die vielfach bekundete Ansicht als richtig anerkennt, daß ein Streik das „Nationalvermögen“ schädige und auf jeden Fall einen Einkommensverlust für die Arbeiterschaft im Gefolge habe, weil die Tage der Arbeitsruhe unwiederbringlich verloren seien, dann muß man naturgemäß auch eine gewisse Schadenwirkung der Streiks wie überhaupt der Gewerkschaftsarbeit zugestehen. Aber die Ansichten vom Verlust an Nationalvermögen und Arbeitsverdienst als Folge von Streiks usw. sind falsch und daher auch die entsprechenden Schlussfolgerungen.

Wundern muß man sich, daß dergleichen irrige volkswirtschaftliche Ansichten in der Öffentlichkeit überhaupt vertreten werden können. Was tatsächlich in dieser Beziehung geleistet wird, davon kann man besonders in der Tagespresse erstaunliche Proben genießen. Es werden z. B. eines Tages an der Börse die vorher infolge von allerhand Schwindelnachrichten in die Höhe getriebenen Kurse irgendwelcher Papiere durch Gegenmachinationen zurückgeworfen; der wilden Haufe folgt eine panikartige Baïße. In den nächsten Tagen liest man tiefgründige und moralisch abgestimmte Erörterungen über eine furchtbare Schädigung des „Nationalvermögens“. Worin die Schädigung besteht, das bleibt das Geheimnis der Meinungsmacher. In Wirklichkeit ist kein Pfennig Verlust nachzuweisen. Die Börsenjobber beraubern sich gegenseitig. Große Summen haben den Besitzer gewechselt. Das ist alles. Nationalvermögen ist dabei nicht verloren gegangen. Derselbe Vorgang vollzieht sich bei großen Konkursen, Bankzusammenbrüchen usw. In allen solchen

Fällen wird von Verlust am Nationalvermögen fabuliert. Gerade so gut könnte man von Verlust reden, wenn man 10 Pfg. von der linken in die rechte Hosentasche steckt.

Um Mißverständnissen vorzubeugen, ist es erforderlich, zunächst die Begriffe Nationalvermögen und Volksvermögen kurz zu umschreiben. Das Volksvermögen reduziert sich für die breite Masse des Volkes, für seinen Güter produzierenden Teil, auf die Güte seiner Lebenshaltung, seinen Gesundheitszustand und seinen Anteil an ideellen Kulturgütern. Von dem Besitzrecht an allen Gütern, die man als „Nationalvermögen“ bezeichnet, sind die Arbeiter fast vollständig ausgeschlossen. Unter „Nationalvermögen“ versteht man nämlich die ganze Summe der materiellen Güter eines Landes, als da sind: das vorhandene Geld (Kapital), das von Inländern im Auslande angelegte Kapital, alle Produktionsmittel, Fabriken, Eisenbahnen, Schiffe, Grund und Boden, Vieh, Mineralische, Häuser, Möbel, Kunstwerke usw. Sieht man von dem höchsten proletarischen Hausrat ab, dann bleibt dem Arbeiter wenig Anteil am Nationalvermögen übrig. Für die Besitzenden ist das Nationalvermögen eine angenehme Sache, für die meisten Proletarier ist es ein leerer Begriff. Nationalvermögen und Volksvermögen sind nicht nur keine konformen Begriffe, in kapitalistisch entwickelten Staaten charakterisieren die Worte sogar himmelstreichende Gegensätze. Neben dem ausschweifendsten Reichtum wohnt das grauhafteste Elend, die entsetzlichste Armut. Wo Millionäre und Milliarden hausein, prassen und schlemmen, da gehen unzählige Menschen an chronischer Unterernährung zugrunde. Rußland ist auch ein reiches Land; sein Schoß birgt unermessliche Reichtümer, aber das Volk ist arm, Not und Mangel dezimieren seine Reihen. Der Nationalreichtum ist ihm kein Segen, er ist ihm Fluch und Verderben. Trotz des reichen Segens der Agrarkultur seines Landes darbt der russische Bauer. Und was eignet bei uns dem Proletarier? Nach Berechnungen bürgerlicher Nationalökonomien soll das Volksvermögen, das heißt der Reichtum Deutschlands, alljährlich um 3 bis 4 Milliarden wachsen. Spürt das Volk von diesem Reicherwerden etwas? Nein! Der Anteil der Arbeiterschaft an der Besitzsteigerung ist so gering, daß das Mißverhältnis zwischen arm und reich immer größer wird. Der Vermögenszuwachs verteilt sich auf eine Handvoll brot- und fleischwuchernder Junker und zinserraffender Kapitalisten. In industriell entwickelten Staaten wird das arbeitende Volk doppelt ausgeplündert: als Lohnarbeiter vom Kapital, als Konsument durch die agrarische Zoll- und Steuerpolitik. Dazu vermühen industrielle Krisen die Volksgesundheit. Obwohl Produktionsmittel genügend vorhanden sind, um alle Bedürfnisse befriedigen zu können, sind Entbehrungen, Sorgen aller Art bei der Arbeiterschaft an der Tagesordnung. Schmalhans ist in Millionen Proletarierfamilien täglich ungebeter Gast. Trotz des stetig wachsenden Nationalreichtums!

Mit dem Konstatieren dieser Tatsache rücken wir der Frage näher, ob Streiks das Nationalvermögen schädigen können. Ausdrücklich sei betont, daß wir bei Beantwortung der Frage selbstverständlich von den Voraussetzungen der bestehenden Gesellschaftsordnung ausgehen. In einer sozialen Ordnung, in der man nicht Waren produziert, um Gewinn zu erzielen, sondern wo nur Güter hergestellt werden mit der Bestimmung der Bedürfnisbefriedigung, da stellt jede willkürliche Unterbrechung der Gütererzeugung eine Schädigung des Volksvermögens dar. Bei der Untersuchung der Wirkung wirtschaftlicher Kämpfe können wir aber nicht den kapitalistischen Rahmen verlassen. Dem Gegner zu folgen, wenn er zur Verteidigung und Erhaltung der kapitalistischen Wirtschaftsweise von Voraussetzungen ausgeht, die erst in der von uns erstrebten Volkswirtschaft erfüllt sein können, das muß man ablehnen. Wenn künstliche Beeinflussung des Angebots die Preise von Lebensmitteln in die Höhe treibt, dann wird selbstverständlich das Volk schärfer ausgeplündert, es wird ärmer, aber der Reichtum der Plünderer schwillt an, diese erraffen das, was die Teuerung dem Volke fortrimmt. Aber das nicht allein! Bei einer andauernden Verteuerung der Lebenshaltung absorbiert diese einen entsprechenden Teil des Einkommens der breiten Masse, die dadurch in dem Verbrauch von Industrieerzeugnissen erheblich geschwächt wird. Die Empfänger der Preisaufschläge sind an Zahl zu gering, um den Ausfall zu decken. Darum resultiert aus der künstlichen Verteuerung der Lebensmittel durch unsere Schutzoll-, Grenzsperr- und Steuerpolitik zweifellos eine Schädigung des Volksvermögens. Aber das „Nationalvermögen“ wird durch die größere Auspönerung des Vermögens kaum tangiert. Etwas anderes ist es, wenn einem Lande, das von einem anderen in dem Bezuge von Waren abhängig ist, Monopolpreise diktiert werden. Bei Waren, mit denen mehrere Länder am Weltmarkt als Verkäufer auftreten, ist die Preiswillkür nur bedingt und nur zeitlich begrenzt möglich. Anders bei Artikeln, wie z. B. Baumwolle. Auf den Bezug von Baumwolle aus Amerika sind alle Länder mit Textilindustrie angewiesen. Treiben die Baumwollspekulanten die Preise der Rohwolle hinauf, dann sind die verschiedenen Länder den Amerikanern tributpflichtig. Wenn auch bei dem internationalen Austauschverkehr in Textilwaren auf dem Wege ebenfalls erhöhter Waren-

preise die Steigerung der Rohstoffpreise wieder ausgeglichen werden mag, so resultiert schließlich bei großen und lange wirkenden Aufschlägen für Rohwolle ein Plus zugunsten der Amerikaner. Die Nationalvermögen der abhängigen Länder sind geschädigt, teilweise wohl auch die Volksvermögen, weil eine starke Preissteigerung den Verbrauch und somit natürlich auch die Warenerzeugung einschränkt. Es würde weit über den Rahmen der hier gestellten Aufgabe hinausgehen, wollten wir die Wirkung aller solcher Vorgänge in ihren verschiedenen Möglichkeiten und Ausläufen verfolgen. Hier kommt es nur darauf an, die Haupttendenzen zu zeigen, Begriffsbestimmungen zu umschreiben.

Wir wollen nicht untersuchen, ob in einer vernünftigen Produktionsordnung die willkürliche Unterbrechung der Gütererzeugung das Volksvermögen schädigt, uns beschäftigt nur die Frage, ob durch Streik innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft eine Schädigung des Nationalvermögens herbeigeführt wird, und ob aus der freiwilligen Arbeitseinstellung für die Arbeiter ein Verlust an Einkommen resultiert oder nicht. Wird das Nationalvermögen durch Streiks geschädigt? Die Kapitalismächter allerorten und die kritiklosen Nachbeter bürgerlicher Nationalökonomie sagen: Ja! Und doch ist es falsch! Gewiß, Arbeitsruhe unterbricht die Warenerzeugung. Aber die Summe der hergestellten Waren wird nicht bestimmt von der Summe der zur Verfügung stehenden Arbeitskraft. Die kapitalistische Ordnung kümmert sich ebensowenig um das Bedürfnis, wie um die Summe der vorhandenen Arbeitskräfte. Sie läßt trotz unbefriedigten Bedürfnisses mechanische und manuelle Arbeitskraft periodisch ruhen und sie spannt dann wieder für kurze Zeiten die Arbeitskraft in übermäßiger Weise an, treibt damit den tollsten Raubbau, verschleudert in sinnloser Jagd nach Gewinn (Nationalvermögen) Volkskraft, Volksvermögen. Zieht man die Bilanz, so bleibt ein gewaltiger Ueberschuß von Arbeitskraft, für die unsere kapitalistische Produktionsordnung keine Verwendung hat.

Ist die Summe der hergestellten Waren nicht abhängig von der Summe der vorhandenen Arbeitskräfte, ist von diesen ein Ueberschuß vorhanden, dann müssen sie selbstverständlich in entsprechendem Ausmaß brach liegen. Ob dieses Brachliegen eine Folge mechanischer Produktions-einschränkung auf Anordnung der Unternehmer wegen Mangels an Aufträgen zu einer bestimmten Zeit ist, oder ob es als das Resultat von Streiks — auch Aussperrungen — wirksam wird: der Effekt ist immer der gleiche! Nur eine zeitliche Verschiebung tritt ein, die aber eine für die Arbeiter durchaus günstige Wirkung ausübt.

Unsere Schlussfolgerung wäre allerdings nicht richtig, wenn die durch Streiks verloren gegangene Arbeitszeit die durch Arbeitslosigkeit hervorgerufene überwöge. Dann könnte man sagen: Der Verlust infolge von Streiks kann selbst durch Aufhebung der Arbeitslosigkeit nicht ausgeglichen werden! Damit wären allerdings die Streikgegner auch in die fatale Lage versetzt, einzugehen: auch die Arbeitslosigkeit schädigt das Nationalvermögen! Diese Schädigung kann und will die kapitalistische Gesellschaft aber nicht aufheben. Sie hätte daher schon kein Recht, sich über die Schädigung durch Streiks zu beklagen, solange sie die Arbeitslosigkeit nicht aufzuheben vermag. Einige Zahlen beweisen nun aber noch schlagend, daß dem Kapital in der den Arbeitern aufgezwungenen Arbeitslosigkeit eine viel größere Summe von Arbeitskraft verloren geht als durch Streiks. Das bedeutet: Ohne Streiks wäre die Arbeitslosigkeit noch größer, als sie jetzt in die Erscheinung tritt! Streiks kürzen lediglich die durch das kapitalistische Wesen bedingte Produktionsunterbrechung, die mangelnde Nachfrage am Warenmarkt hervorruft.

Was Herr Dr. Lille will!

Herr Dr. Alexander Lille, Syndikus der Saarindustriellen und Hauptgeschäftsmacher bei den Unternehmern, hat vor kurzem ein vierbändiges Werk herausgegeben: Die Verfassendspolitik des Gewerbe- und Handelsstandes (Berlin 1910, Rosenbaum u. Hart), in welchem der brutalen Unterdrückungspolitik pathetisch das Wort geredet und die deutsche Arbeiterschaft in geradezu pöbelhafter Weise beschimpft und verhöhnt wird. Herr Lille will eine politische Unternehmerrbewegung schaffen, um der Klassenkampferneuerung der gewerblichen Lohnarbeiter erfolgreich entgegenzutreten und die einseitige Klassengesetzgebung, die darauf hinausgeht, den gewerblichen Unternehmer in seiner Tätigkeit (soll heißen: in der Ausbeutung der Arbeiter. Red.) zu beschränken und zu entzweien, abzuwehren. Denn Reichsregierung und Bundesrat liebäugeln nach der Behauptung Lilles mit den radikalen Forderungen der „Klassenpolitischen Lohnarbeiterschaft“ selbst da noch, wo „diese den Lebensinteressen der Ertragswirtschaft“ zuwiderlaufen. „Der Gewerbe- und Handelsstand ist durch seine Uneinigkeit politisch in Not geraten, so daß seine Lebensinteressen heute den Zummelplatz darstellen, auf dem Doktrinarismus, Parteilichkeit, Klassenhaß und Wahrnehmung anderer Berufsstandsinteressen ihren gesetzgeberischen Eifer tüfeln.“ Damit diese Kreise nun der Sache ihres Berufsstandes besser dienen können, brauchen sie unbedingt ein Lehr- und Handbuch, das ihnen in wirtschaftlicher, gesellschaftlicher, geistesgeschichtlicher, gesetzgeberischer und politischer Hinsicht die nötigen Unterlagen zu einer solchen Betätigung bietet. Dieses Buch bietet allen Unternehmern Herr Dr. Alexander Lille mit dem nicht gerade bescheidenen Anspruch, daß dasselbe „den Grundkod eines Systems der Verfassendpolitik bildet“.

Der Verfasser geht denn auch bei seinen „wissenschaftlichen“ Untersuchungen von vornherein von dem Grundfals aus, den Unternehmern zu schmeicheln und die Ergebnisse „seiner Forschungen“ ihren Wünschen anzupassen. Die Arbeiter schildert er als faul und dumm, die ein „beschaufliches Dahinschlendern der angelegentlichsten Kräftebetätigung vorziehen“. Das kommt daher, „daß diejenigen, welche die Neigung zur starken Betätigung ihrer Fähigkeiten in sich tragen, sich naturgemäß dem Unternehmertum zuwenden, wo sie Gelegenheit haben, ihre Arbeitskraft unter eigener Verantwortung an die Erzielung eines Ertrages zu wagen. Da die Arbeitsfreudigsten sich demnach zu Ertragsarbeitern aufschwingen, so bleiben für Schalis- und Lohnarbeiter durchschnittlich nur diejenigen mit weniger starkem Arbeitsstriebe übrig.“

Von den sinnlosen, weil mit den offenkundigsten Tatsachen in Widerspruch stehenden Behauptung, daß die Beamten und Arbeiter die Faulenzer sind, hingegen die Unternehmer — die er Ertragsarbeiter nennt — die Fleißigsten seien. Kommt der Angestellte der Saarindustriellen zu dem weiteren Schluß, daß wir unsere Kultur nicht der Arbeit aller, sondern ausschließlich der Tätigkeit der Unternehmer zu verdanken haben. Pathetisch ruft Herr Tille (1. Band, Seite 188) aus:

In unserm Zeitalter ist es Mode geworden, zu behaupten, die Allgemeinheit schaffe jede Wertsteigerung, und nicht die Gesamtheit der ertragswirtschaftlichen Unternehmer. Und doch kann nichts falscher sein. Es gibt kein blöderes und unbeholfeneres, kein unwissenderes und hilfloseres Ding als die Allgemeinheit. Die Allgemeinheit schafft überhaupt nichts, sie fordert nur. Die ertragswirtschaftlichen Unternehmer in ihr sind die einzige treibende, schaffende und wertbildende Kraft in jedem Volke.

Den Lohnarbeitern empfiehlt Herr Tille, sich mit ihrer Lage abzufinden und „durch hervorragende Leistungen einen Unternehmer daran zu interessieren, sie in Arbeit zu nehmen, zu behalten und zu möglichst hoher Stellung zu befördern, oder sich selbst ein Unternehmen zu gründen.“ Hier wird also der heuchlerischen Liebedienerei offen das Wort geredet, und denen, die nicht schmarnzen wollen oder das nicht können, wird der höhnische Rat gegeben, selber unter die Unternehmer zu gehen. Das Unternehmertum ist Herrn Tille der Inbegriff alles Wirtschaftslebens. Den allgemein auch von den unternehmerfreundlichen Volkswirtschaftslehren anerkannten Satz: „Ohne Arbeit keine Kultur“, übersetzt er mit: Ohne Unternehmer keine Arbeitsgelegenheit. Dem Ausspruch des englischen Nationalökonom Thomas Carlyle: der traurigste Anblick unter der Sonne ist ein Mann, der gern arbeiten möchte, aber keine Arbeit finde, stellt er (1. Band, Seite 214) den Satz: „Das traurigste Volk ist dasjenige, das nicht genügend Unternehmer besitzt!“ gegenüber.

Wer das Unternehmertum als den Drehzapfen des gesamten Wirtschaftslebens betrachtet, wie das hier geschieht, der muß naturgemäß alles daransetzen, um jede Störung von dieser Gesellschaftsrichtung fernzuhalten; sie muß ihm sakrosankt sein. Und das ist das Unternehmertum des Herrn Tille, dem Syndikus der Saarindustriellen. Sein Zorn gegen die faule und unwissende Arbeiterklasse im allgemeinen steigert sich zur sinnlosen Wut, wenn er sich mit der sozialdemokratischen Bewegung und den freien Gewerkschaften beschäftigt. Man höre nur:

Die Lehre, daß der Lohnarbeiter sich mehr, als er sich durch den Dingwert seiner Handkraft, also durch wirtschaftliche Mittel, zu verdienen vermag durch Veranstaltung von Wirtschaftsförderungen und Schädigungen der Unternehmungen kraftlos erpressen darf, während das gleiche Vorgehen bei allen andern Volksschichten bestraft wird, und daß er dasselbe tun darf, um als „gleichberechtigt“ anerkannt zu werden, ist die Lehre vom Klassenkampf. Diese Lehre ist die größte Unbilligkeit, größte Erbarmlichkeit, größte Gemeinheit und größte Feindschaft, welche die neuzeitliche Gesellschaft erzeugt und der neuzeitliche Staat mit seiner Macht gesegnet hat, und zugleich die größte wirtschaftliche Unbill, den Menschen das je ausgebrütet hat. Die Lehre vom Klassenkampf bedeutet die Aufhebung der Tasse, daß wirtschaftliche Mittel allein das Einkommen des gesitteten Menschen bestimmen, sie setzt neben Arbeit und Sparen, neben Arbeitsentkommen, Ertragswirtschaften, Zinsbezug und Pachtbezug noch eine fünfte Einkommensquelle: die Erpressung durch Gewalt! Sie gestattet dasselbe Mittel auch zu theoretischen Zwecken. Aber sie beschränkt diese Einkommensquelle auf die fittlich am tiefsten stehende Volksschicht. (2. Band, Seite 106/107.)

Weiter geht es wirklich nicht mehr. Herr Dr. Tille ist nicht mehr zu überbieten. Die Anwendung des Koalitionsrechts ist Erpressung zugunsten der „fittlich am tiefsten stehenden Volksschicht“. Und das schlimmste ist natürlich, daß der neuzeitliche Staat das Koalitionsrecht der Arbeiter gestattet, anstatt den „Wirtschaftsraub“, wie Tille an einer andern Stelle den Klassenkampf nennt, mit Gewalt zu verhindern.

Den Arbeitsausstand läßt unser moderner Nationalökonom unter keinen Umständen gelten, er ist stets und überall hessenswert. Natürlich, denn jeder Streik richtet sich gegen das Unternehmertum, dessen Interesse Herr Tille zu wahren hat, dessen Syndikus er ist. Um aber den Anschein einer gewissen Objektivität zu wahren, stellt er doch die Frage, ob man die Streiks, da sie vorwiegend in die Zeiten aufsteigender Geschäftslage gelegt werden, nicht als ein Mittel für die Lohnarbeiter bezeichnen könne, die Konjunktur des Lohnarbeitsmarktes auszunutzen? Aber er stellt diese Frage nur, um sie mit der vollen Wucht seiner auf die Interessen der Unternehmer zugeschnittenen Argumente glatt zu verneinen. Er bedauert: Bei schlechten Zeiten entläßt der Unternehmer nicht gleich alle überflüssigen Arbeitskräfte, deshalb darf man ihm auch dann nicht die Pistole auf die Brust setzen, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt. Er kommt dann zu folgendem Schluß:

„Der Versuch der Erpressung von Lohnerhöhungen gleichzeitig mit dem Aufstieg der Wirtschaftslage des Warenmarktes behält darum alle Erpressungsmerkmale der Widerrechtlichkeit und Widerwirtschaftlichkeit. Denn er benutzt wie jeder andere Ausstand eine ausdrücklich geschaffene Notlage des Unternehmers zur Erreichung eines widerrechtlichen Vermögensvorteils.“ (Band 2, Seite 112.)

Die Störung der Wirtschaftsarbeit, wie Tille den Streik nennt, ist ihm so hessenswert, daß man merkt, wie er nach scharfen Ausdrücken gesucht, um das in Worte kleiden zu können, was sein Innerstes so tief bewegte. Ihm ist die Wirtschaftsförderung

„eine Sache, die noch so tief unter dem Nichtstun steht, wie sich die ertragswirtschaftliche Arbeit über diese erhebt. Sie kann überhaupt nicht als wirtschaftliche Kraft gelten. . . . sondern ist eine destruktive, eine nihilistische Kraft. Sie ist dasjenige, wie das Niederbrennen eines Hauses gegenüber einem Aufbauen ist. Sie ist kein Menschenverdienst, sondern eine Menschenhand. Sie ist eine Gemeinheit und eine Niedertracht, eine Ausschloßigkeit und ein Frevel an Menschenwohl. Sie wird nicht besser dadurch, daß sie sich in erhabenen Köpfen als Mittel zur Hebung der Lage einer Klasse spiegelt, sondern sie bedeutet den Verzicht dieser Klasse darauf, sich mit ehrlicher, fleißiger Arbeit vorwärts zu helfen, und einen Nachteil an ihren Wohlständen. (1. Band, Seite 114 u. 115.) . . . Die Lehre vom Klassenkampf, heißt es an einer andern Stelle, ist nur dort möglich, wo man einen großen fittlichen Tiefstand als selbstverständlich voraussetzt. Sie bedeutet keine Schmeichelei für die Lohnarbeiterschaft, sondern bedeutet, daß man diese als Ganzes fittlich mit einer Erpresserbande auf eine Stufe stellt.“

Das ist denn doch das Stärkste, was je auf dem Gebiete der Arbeiterbeschimpfung geleistet worden ist. Die Koalition der

Arbeiter, die schon um deswillen für die Arbeiterklasse eine zwingende Notwendigkeit ist, um der lohnbrückenden Tendenz, die in der Konkurrenz der Arbeiter unter einander liegt, entgegenzuwirken, ist nach dem Lobredner der Unternehmer eine Gemeinheit, eine Niedertracht, eine Ausschloßigkeit, und die Lohnarbeiterschaft, die sich des Koalitionsrechts bedient, steht fittlich auf einer Stufe mit einer Erpresserbande. Und Herr Tille zieht kaltblütig die Konsequenz aus dieser Betrachtung der Dinge: der Arbeiter ist Lohnsklave, will er den Druck, unter dem er steht, mildern, das kapitalistische Joch, das ihn drückt, erleichtern, so ist er vogelfrei und er darf bedingungslos niedergeschlagen werden.

„Wer sich (so heißt es auf Seite 116 und folgendem) auf den Boden des Klassenkampfes stellt und damit andere für wirtschaftsvogelfrei erklärt, der scheidet sich selbst aus der gesitteten Menschengesellschaft aus. . . . Wer sich auf den Boden des Klassenkampfes stellt, der erklärt damit selbst seinen Verzicht darauf, als gesitteter Mensch, als Mißbrüder und als Verursachener behandelt zu werden. . . . Mit Lohnarbeitern, welche sich auf dem Boden des Klassenkampfes befinden, kann es kein Verhandeln, kein Paktieren, keine Vereinbarungen von Arbeitsbedingungen geben. Sie stehen ja außerhalb alles Wirtschaftsfriedens, alles Rechtszustandes und aller fittlichen Beziehungen. Wer auf dem Boden des Klassenkampfes tritt, der macht sich selbst wirtschaftsvogelfrei.“

Ihm gegenüber, so konstatiert Herr Tille mit Bedauern, habe man früher die öffentliche Gewalt angewendet, aber jetzt habe man diese gesetzlichen Mittel soweit abgeschafft, daß sie unwirksam geworden seien. Seitdem gebe es nur noch ein Mittel: „Die Schaffung von Klassenkampfvereinigungen auch von seiten der Unternehmer und die bedingungslose Niederlegung jedes Klassenkampfversuchs durch den Hunger“. Der Sieg werde, so führt Tille weiter aus, immer den Unternehmern zufallen, sie sollen sich nur nicht bange machen lassen. „Denn diese (die gelohnte Handkraft) mag zu schweißenden Posten und Mordanschlägen, zur Fabrikzerstörung, zu Brand und Aufruhr schreiten: bald genug wird die Verbesserung der aufbauenden Wirtschaftsarbeit sich wieder unterwerfen, gezwungen von Hunger und von der Unfähigkeit, denselben aus eigener Kraft zu stillen.“

Wenn man diese Schilderung liest, die mit der geradezu verdrückten Möglichkeit rechnet, daß die Streikenden Mordanschläge machen, Fabriken zerstören und alles niederbrennen würden, so muß sich bei einem der Zweifel regen, ob der Verfasser bei seinen Schilderungen der Schreckensbilder überhaupt noch ernst zu nehmen ist. Wer — auch wenn man seine Stellung als Lobredner der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung gebührend würdigt und ihm mißerbende Umstände zubilligt — so über das Ziel hinausschießt und mit fanatischem Haß und in sinnloser Wut alles herunterreißt und in den Lot zieht, was den kapitalistischen Interessen, die er vertritt, entgegensteht, der sollte erwidert sein; man sollte ihn lassen.

Da die bürgerliche Presse — wenigstens soweit sie direkt dem Scharfmachertum dient — Herrn Tille aber sehr ernst nimmt und den Ankauf seiner Werke empfiehlt, so muß er schlechterdings auch von uns ernst genommen werden. Die Deutsche Arbeitgeberzeitung hat sofort nach dem Erscheinen des Werkes eine sehr empfehlende Besprechung gebracht, in welcher Herr Tille als Vorkämpfer der politischen Bewegung des Gewerbe- und Handelsstandes warm herausgestrichen wird. „Jeder gewerbliche Unternehmer und Angestellter, heißt es da, welcher 4 Mk. übrig hat, sollte hingehen und sich ein beliebiges dieser vier Bändchen kaufen. Ist er der Mann, die Berufsinteressen seines Standes zu vertreten, dann werden diesem ersten die andern drei Bändchen rasch folgen, und das Werk wird ihm nicht nur ein Bild von der Berufsstandspolitik des Gewerbe- und Handelsstandes zeichnen, sondern wird auch bei weiterer Vertiefung der Betrachtung auf diesem Felde sehr zuverläßlicher Berater und Freund werden.“

Da an anderer Stelle die Arbeitgeberzeitung berichtet, daß für jeden der 397 Reichstagswahlkreise 20 solche Männer sich finden müßten, um die politische Propaganda im Sinne des Unternehmertums zu betreiben und die durch die Tilleschen Elaborate sich vorbereiten und rednerisch ausrüsten müßten, so läßt sich hieraus ermaßen, welchen Wert in scharfmacherischen Kreisen diesen Werken beigelegt wird und wie man in jenen Kreisen diese Arbeiten politisch zu verwerten gedenkt.

Streikbewegung im Auslande.

Frankreich. Für die vielen Opfer des Eisenbahnerstreiks sind von der Organisation allgemeine Sammlungen und an größeren Orten sogenannte kommunistische Mahlzeiten arrangiert worden. — In Connerre (Sarthe) sind die Metallarbeiter, weil sie Lohnforderungen stellten, nun schon seit drei Monaten ausgeperrt; Streikbrecher haben sich bisher nicht gefunden. — Im August 1910 wurden dem Arbeitsamt 146 Streiks gemeldet, gegen 81 im gleichen Monat 1909 und durchschnittlich 70 in den letzten fünf Jahren. In 91 Fällen waren Lohnforderungen die Ursache, in einem Falle der Versuch, die Löhne herabzusetzen, in 17 Fällen andre Lohnfreiheiten, in 10 Fällen Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit, in 4 Fällen andere Forderungen die Arbeitszeit betreffend, in 8 Fällen die Forderung auf Abschaffung des Akkordsystems, in einem Falle Abschaffung der Strafgehälter, in 22 Fällen Wiedereinstellung Entlassener, in 17 Fällen die Forderung auf Entlassung von Arbeitern, in je einem Falle die Forderung auf Abschluß eines Tarifvertrages bzw. auf Anerkennung der Organisation. Von den im gleichen Monat beendeten 116 Streiks endeten 11 mit vollem, 44 mit teilweisem und 61 ohne jeden Erfolg für die Arbeiter. Beteiligt waren insgesamt 20 779 Arbeiter. Während des gleichen Zeitraumes wurde nur eine Aussperrung gemeldet, deren Ergebnis noch nicht bekannt war. — Die Bergarbeiter des Larn-Revieres beschloßen, Lohnerhöhung zum Ausgleich der Teuerung zu verlangen.

Bereinigte Staaten. In Newyork und Bororten streiken die Gepäckträger. Infolge der ständigen Zusammenstöße mit den Streikbrechern ist die ganze Polizei auf den Beinen. Mehrere Hundert Verwundete sollen schon in die Hospitäler eingeliefert worden sein. Das Hauptquartier der Streikbrecher wurde in Brand gesetzt. — In Chicago befinden sich über 25 000 Kleidermacher im Streik um Lohnerhöhung und Anerkennung der Organisation. — Im State Ohio streiken 8000 Bergarbeiter wegen der willkürlichen Auslegung einer Lohnklausel durch die Unternehmer. — In Tampa, Florida, streiken 8000 Zigarrenmacher seit vier Monaten. Die Newyorker Zigarrenarbeiter sind jetzt zum Teil in einen Sympathiestreik eingetreten. — Rund 10 000 Arbeiter in Newyorker Blechblechfabriken drohen mit der Arbeitseinstellung, wenn ihre Forderung auf Lohnerhöhung nicht bewilligt wird. — In Newyork erhielten 1200 Tapezierer ohne Arbeitsniederlegung eine Lohnerhöhung von 4 auf 4½ Dollar pro Tag.

England. Die Bewegung unter den englischen Buchdruckern zur Verkürzung der Arbeitszeit nimmt jetzt erstere Formen an. Zurzeit findet unter den 60 000 organisierten Schriftsetzern, Maschinenmeistern, Lithographen, Buchbindern usw. eine Urabstimmung darüber statt, ob am 1. Januar 1911 der Streik bzw. die Kündigung ausgesprochen werden soll, wenn nicht allgemein sofort die 50 stündige Arbeitswoche mit der festen Verpflichtung, diese am 1. Januar 1912 auf 48 Stunden zu reduzieren, eingeführt wird. Die Abstimmung im Londoner Verein der Schriftsetzer ergab 7847 Stimmen für und 1501 Stimmen gegen Eintritt in eine solche Bewegung. — Ein zwischen den

beiderseitigen Zentralinstanzen vereinbartes Uebereinkommen zur Beendigung der Aussperrung in der Schiffbauindustrie ist von den Arbeitern mit 14 079 Stimmen gegen 3760 abgelehnt worden. Der gleiche Vorstoß, mit ganz geringen Änderungen, soll jetzt ein zweites Mal der Urabstimmung unterworfen werden, da die Zentrale der Kesselbauergewerkschaft keine Möglichkeit sieht, dem Kampfe einen günstigen Verlauf zu sichern. — Ein partieller Kohlenarbeiterstreik in Süd-Wales droht sich auszuweiten. — Da die Leitung des Bergarbeiterverbandes die Bewegung nicht unterstützen und anerkennen will, die Arbeiter aber entschlossen sind, die Arbeit schon in dieser Woche niederzulegen, wollen sie sogar eine neue Organisation gründen, die schon jetzt auf 30—40 000 Mitglieder zählen kann. Bis Dienstag, den 1. November, hatten 22 000 Mann die Arbeit schon niedergelegt. — Am Mersey reichten 6000 Verlade- und Gepäckträger die Kündigung ein. Sie verlangen Verkürzung der Arbeitszeit.

Australien. In Perth streikten die Straßenbahner erfolgreich um den Achtstundentag. Trotz aller Bemühungen der Direktion hatte man auch nicht einen Streikbrecher aufreiben können. — Die Bergleute des Broken-Hill-Distriktes, in dem im vorigen Jahre ein Generalfreist stattfand, sind erneut in eine Lohnbewegung eingetreten, nachdem sie ihre Position durch Zentralisation und Verschmelzung der vielen kleinen Gewerkschaften bedeutend verbessert haben.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Abrechnungen vom 3. Quartal stehen noch aus von den Zahlstellen:
Danzig, Waldenburg, Raasdorf, Ebersbach, Gorka, Penig, Nebra, Ködnitz, Bielefeld, Eschershausen, Hardegsen, Darlingrode, Herford, Verbach, Wellerode, Witten, Altenglan, Neulirchen, Zweibrücken, Oberstein, Hall, Radweiler, Straßburg, Hungenberg, Kirchenlamitz, Neubau, Koffbach, Rindnach, Litzling, Dorpropjetzen, Pappenheim. Wie die Namen zeigen, sind es fast immer dieselben Orte. Mit der Nr. 46 wird die Steinarbeiterzeitung eingestellt, wenn bis zum 15. November die Abrechnungen nicht vorliegen. Die Gauleiter sind angewiesen, nach dem 15. November die Einsendung der Verbandsmaterialien von diesen Orten zu veranlassen.

Korrespondenzen.

Alsenz. Vielen Steinarbeitern ist die Firma Kaisersteinbruch-Altkriegsgesellschaft Köln a. Rh. bekannt. Vor einem Jahre wurde das Geschäft in Medard plötzlich stillgelegt und die Arbeiter konnten vier bis fünf Monate den Dingen zusehen. Im Frühjahr wurden wieder einige, die am längsten dort gearbeitet hatten, wieder eingestellt. Der Lohn in diesem Geschäft war früher nahezu zufriedenstellend. Erbärmliche Zustände herrschen allerdings jetzt in diesem Betriebe. Da kamen Akkordpreise heraus, die jeder Beschreibung spotten, und unter Umständen der Steinarbeiter kaum 3 Mk. pro Tag verdienen kann. Bei einer Reklamation erhielten die Kollegen zur Antwort: „Es müssen noch Prozente raus.“ Der Betriebsleiter Raubach ist anscheinend derselben Meinung. Er erklärte den Leuten beim Vorjelligwerden: „Es ist genügend für das Stück, es ist ja nichts dran, es muß mehr geleistet werden.“ Der Herr Raubach denkt nicht mehr daran, daß er auch einmal den Knüppel schwingen. Vom Knüppelschwingen wäre er sicherlich nicht so reich geworden. Den Arbeitern, die ihre frühere Zahlstelle Odenbach ruinierten, sei es gesagt: Organisiert euch, dann braucht ihr euch solches nicht gefallen lassen.

Berlin. Am 1. November 1910 tagte im Gewerkschaftshause eine gütliche Versammlung der Sektion 11. Auf der Tagesordnung stand: 1. Der Tarif und seine Auslegung. 2. Verschleidenes. Die vorliegenden Streitfälle in den einzelnen Firmen, sowie die vereinzelt vorhandene Unkenntnis unter den Kollegen machte es notwendig, daß die Positionen noch einmal erläutert wurden. Bei Position 90 wurde meist der Passus: „Bei vorübergehender Beschäftigung bis zu einschließlich drei Tagen ist in der sonst fahrgeldfreien Zone ebenfalls das wirklich entstandene Jahrgeld zu vergüten.“ so ausgelegt, daß darunter eine absolute Beschäftigungsdauer innerhalb einer Firma zu verstehen sei. Dies ist falsch. Es ist vielmehr folgendermaßen zu verstehen: Arbeitet ein Kollege auf einem Bau innerhalb der fahrgeldfreien Zone bis zu drei Tagen und wird er dann nach einer andern Arbeitsstelle geschickt, dann hat er für diese drei Tage das Jahrgeld zu beanspruchen. Dasselbe trifft auch auf den Wertplatz zu, ist also unabhängig von der absoluten Beschäftigungsdauer innerhalb der Firma. Im selben Sinne ist der nächste Satz (vorübergehende Beschäftigung bis zu sechs Tagen) zu verstehen. So ist es mit der Innung festgelegt und sind sämtliche Berliner Firmen davon unterrichtet. Es liegt also nun einzig an den Kollegen, daß sie ihre Rechte fordern. Bei Punkt Verschiedenes teilt Winkler mit, daß unter den Kollegen der Firma Schulz u. Co. Differenzen ausgebrochen wären, auf Grund deren der Sektionsleiter sein Amt niederlege. Dort hatten mehrere Kollegen eine für sie günstige Akkordarbeit in Kunststein übernommen. Statt nun die übrigen dort arbeitenden Kollegen, die diese Akkordarbeit vorher abgelehnt hatten, und im Lohne arbeiten wollten, zu benachrichtigen, handelten sie hinter deren Rücken. Es wurde eine Resolution angenommen, welche diese Handlungsweise scharf verurteilt. Bei der nun stattfindenden Erziehung wird Kollege Benedek mit großer Majorität als Sektionsleiter gewählt. Nachdem dem Vorsitzenden über sein verspätetes Eingreifen in Sache Platz Zeidler Vormwürfe gemacht wurden, wird noch auf die am 13. November stattfindende Gewerbegerichtswahl aufmerksam gemacht. Kollegen, alle Mann auf dem Posten, damit wir einen schönen Sieg erringen. Keiner darf fehlen!

Beucha. Am Sonntag, den 30. Oktober, fand im Kasino unsere Monatsversammlung statt. Genosse Grenz aus Leipzig hielt einen Vortrag über „Die Errichtung des Bismarckdenkmals und die Kämpfe der Arbeiter für Freiheit und Recht“. Der Referent führte aus, daß es nicht seine Aufgabe sein könne, über den technischen Teil des Baues zu referieren, denn die großen Steinkolosse würden ja ausnahmslos in Beucha angefertigt und unsere Kollegen müßten ja besser Bescheid in dem Fach wie er. Der Referent ging in seinen Ausführungen bis zum 14. Jahrhundert zurück und schilderte die Kämpfe, die geführt wurden seitens der Fürsten, um sich bessere politische Rechte zu erobern. Besonders eingehend auf die Jahre 1806 bis 1813 schilderte er, wie dem Volke immer große Versprechungen gemacht wurden seitens der regierenden Fürsten, und wie diese Versprechungen nie in Erfüllung gegangen seien. Fortgesetzt habe man die Gutmütigkeit des Volkes mißbraucht. Und so sei es auch in den Jahren 1812 und 1813 gewesen. Es waren nicht die regierenden Fürsten, die sich erhoben hatten, um sich von dem Gewalttherrscher Napoleon I. zu befreien, sondern das Volk sei es gewesen, das sich befreien wollte. Wie die Fürsten merkten, daß das Volk sich einmütig erhob, kamen auch sie aus ihren Schlafwinkeln hervor und machten den begehrtesten Volksmassen Versprechungen aller Art, und so schlug man Napoleon. Wie jedoch das Volk kam und verlangte, daß die Versprechungen nun auch eingelöst würden, da mußte es wiederum die traurige Erfahrung machen, wie schon oft zuvor; es war wiederum elend betrogen. Die heutige bürgerliche Gesellschaft jedoch erblickt in dem Siege bei Leipzig eine „Befreiung des Volkes vom herrschenden Absolutismus“ und aus diesem Grunde würde dieser Steinkoloss errichtet. Durch dieses Denkmal soll der Nach-

welt die „Befreiung“ des deutschen Volkes veranschaulicht werden. Wie es nun um die „Freiheit“ des Volkes bestellt ist, davon zeugen die Wahlrechtskämpfe in Preußen und Sachsen. Das Wahlrecht versucht man immer mehr zu verschlechtern. Eine ebenso deutliche Sprache reden die großen wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft. Wir können aus all diesen Tatsachen nur den einen Schluss ziehen, daß diesen brutalen Vergewaltigungen nur durch starke gewerkschaftliche und politische Organisationen Einhalt getan werden kann. (Stürmischer Beifall.) — In der Diskussion machte der Kollege Schlegel einige Ausführungen zum Vortrag. Er verwies darauf, daß, wenn 1913 die Einweihung dieses „Freiheitsymbols“ vor sich gehen würde, dann würde man unter großem patriotischen Kummel die „Schöpfer“ des Riefenbaues preisen, die Herren Professoren, Steinmetzmeister und dergleichen werden mit Orden geschmückt werden; am Ende würde vielleicht auch der Titel Hofsteinmetzmeister herauspringen. Dem eigentlichen Schöpfer jedoch, dem Arbeiter, der bei schwerer Arbeit und lagem Lohn sein Dasein fristen mußte, werde man nicht gedenken. Unter Punkt 2 gab der Kassierer Lindner den Kassenbericht vom 3. Quartal, welcher von den Revisoren als sehr günstig bezeichnet wurde. Auf Antrag der örtlichen Verwaltung wurde beschlossen, dem Gewerkschaftsausschuß für Brandis und Umgebung wieder beizutreten. Ein weiterer Antrag der Verwaltung, ab 1. Januar einen gewerkschaftlichen Unterrichtskursus einzuführen, fand ebenfalls einstimmig Annahme. Der Ortsstatistiker berichtete über die Statistik. Es wurde als ein schwerer Mißstand bezeichnet, daß die Beteiligung an der Statistik so eine geringe ist. Die Versammlung beauftragte die Zahlstellenverwaltung, bei vorerwähnten Krankheits- oder sonstigen Unterhaltungsgelegenheiten strikte nach Statut zu handeln und sämtliche Gesuche, denen keine Statistik beigelegt ist, zurückzuweisen. Nach Erledigung einiger Platzangelegenheiten fand die gut besuchte Versammlung ihr Ende.

Eibelsdorf. Am 31. Oktober tagte in Winterhausen eine öffentliche Steinarbeiterversammlung, in welcher Kollege Lohse über den Tarifabschluß im Muschelkalksteingebiet referierte. Anwesend waren die Kollegen von Eibelsdorf, Winter- und Sommerhausen, Rottenbauer und Gohmannsdorf. Der Referent schilderte in andertalbstündigem Vortrag den Tarifabschluß. Da in beiden Orten viele Steinarbeiter vorhanden sind, welche dem Verbandsverband noch fernstünden, so wurde kräftig agitiert, aber es wurde nichts. Erst infolge des Tarifabschlusses und der regen Agitation der Kollegen der Umgegend gelang es, die Fernstehenden zu bewegen, sich unserer Organisation anzuschließen. Die Versammlung endete mit dem Resultat, daß sämtliche Kollegen von Winter- und Sommerhausen dem Verbandsverband beitraten. Da im Muschelkalksteingebiet die Verschmelzung der einzelnen Zahlstellen zu einer Verwaltungsstelle vorliegt, so war es vorläufig nicht nötig, eine neue Zahlstelle zu gründen. Die Kollegen schlossen sich einmütig der Zahlstelle Eibelsdorf an, so daß dieselbe jetzt einen Mitgliederbestand von 89 Mann zählt. Es kann nur von großem Vorteil sein, wenn endlich im Muschelkalksteingebiet die Verschmelzung perfekt wird. Der Gesamtverband kann davon nur gewinnen. Wir hoffen bestimmt, daß sich die Reorganisation durchführen läßt.

Chringendorf. Eine gut besuchte Versammlung der Zahlstellen Jena und Chringendorf fand am 30. Oktober 1910 im Bergschloß statt. Zunächst schilderten die Vertrauensleute die jetzigen Arbeitsverhältnisse in den Zahlstellen. Wenn auch in Jena tarifliche Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Kalksteinbranche festgelegt sind, so lassen die Bundesverhältnisse immer noch viel zu wünschen übrig, bis sie einigermaßen der Bundesratsverordnung entsprechen. Anders liegt es in Chringendorf, hier sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse noch wie vor 25 Jahren. Hier wird noch im wilden Afford, ohne jedes Mitbestimmungsrecht der Kollegen weiter gearbeitet. Das ist ein Zustand zum größten Teil an dem Kollegen selbst liegt, braucht eigentlich nicht besonders angeführt zu werden, denn die Organisationsverhältnisse lassen hier noch viel zu wünschen übrig. Trotzdem schon alles versucht ist, die Kollegen von dem Zusammenschluß zu überzeugen, ist der Erfolg bis jetzt nur ein minimaler. — Dann hielt Kollege Hugo Walther ein umfangreiches Referat über das Thema: Der deutsche Steinarbeiterverband und seine Aufgaben. Der Redner, der unsere Verbandsgeschichte eingehend kennt, verstand es, in recht sachlicher Weise sein Thema zu behandeln. Unsere Tarifpolitik, die Reorganisation des Steinmetzmeisterverbandes, die Aussperrungsarbeit der Unternehmer usw. fanden eine eingehende Betrachtung. Dem Referenten wurde reichlich Beifall zuteil. — Nachdem noch einige innere Angelegenheiten erledigt waren, einigte man sich dahin, die Versammlungen abwechselnd in Jena und Chringendorf abzuhalten.

Freiburg i. B. Am 29. Oktober fand unsere diesjährige Generalversammlung statt. Die Präsenzliste wurde verlesen, die ergab, daß die Kollegen Weiß, Hahn, Konz und Krieg fehlten. Der Punkt Platzbericht ergab, daß zurzeit nur noch 41 Kollegen in Arbeit stehen. Weiter wurde festgestellt, daß drei Kollegen unter dem vertragmäßig festgesetzten Lohn ausbezahlt wurden und auch die Bundesratsverordnung noch in manchen Beziehungen viel zu wünschen übrig läßt. Auch wurde noch Stellung genommen zu der Kunststeinsabrik Brenzinger, die unsern im Sandsteingewerbe abgeschlossenen Vertrag bis jetzt noch nicht zur Geltung bringt. Ein weiterer Punkt, ob wir nach Ablauf unseres jetzigen Vertrags einen technisch ausgearbeiteten Tarif nach Flächen- und Gliederberechnung zur Grundlage nehmen sollen, wurde bis zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Derauf gab der Kassierer die Abrechnung vom 3. Quartal bekannt und zwar zur größten Zufriedenheit der Kollegen. Die Entlastung des Kassierers erfolgte einstimmig. Bei Punkt 4 der Tagesordnung fand die Neuwahl des Gesamtvorstands statt. Bevor zur Wahl geschritten wurde, gab der Vorsitzende einen kleinen Geschäftsbericht. Er betonte, daß auch dieses Jahr wieder ein Kampfesjahr gewesen sei für die Zahlstelle. Er gab dann bekannt, daß im Laufe des Geschäftsjahres 28 Versammlungen, 12 Vorstandssitzungen und 2 Platzvertreteritzungen stattfanden. Vier gemeinsame Sitzungen tagten mit den Unternehmern betreffs Unterhandlung des Vertrags. Weiter wurden vom Vorsitzenden 58 Briefe und 22 Postkarten versandt. Eingelassen sind 35 Briefe und 29 Postkarten. Alsdann wurde zur Wahl geschritten. Die bisherige Vorstanderschaft wurde wiedergewählt; da der bisherige Schriftführer gezwungen war, wegen Arbeitsmangel abzutreten, wurde an seine Stelle Kollege Graf gewählt.

Großheubach a. M. Hier fanden in den letzten Wochen zwei Versammlungen statt, in denen sich 38 Kollegen, nach den Ausführungen des Kollegen Lohse-Würzburg, in den Verband aufnehmen ließen. In den letzten Jahren und auch früher wurden vom Steinarbeiterverband wie auch von christlichen Verbänden zu wiederholten Malen agitatorische Versuche unternommen, die damals aufgenommenen Mitglieder wurden aber wieder fahnenflüchtig. Nun sind sie wieder in die Reihen der kämpfenden Arbeiter getreten. Die Unternehmer sind durch diesen Schritt ihrer Arbeiter etwas perplex geworden und ihr Verhalten läßt offen ihre Bestimmung erkennen. Die Begeisterung der Kollegen in den Versammlungen und ihr Verhalten auf den Werplätzen bietet uns die Gewähr, daß sie treu zum Verbandsverband in Zukunft halten werden. Unsere Position im Maintal ist durch den Schritt der Großheubacher Kollegen wesentlich gebessert worden, das wissen auch die Unternehmer. Nicht christlich organisieren wir uns trotz unserer religiösen Anschauung, das wäre Unsinn, erklärten die Kollegen in den Versammlungen, sondern nur im Steinarbeiterverband, der in der weitgehendsten Weise die wirtschaftlichen Interessen seiner Mitglieder vertritt. Die Kollegen

haben in den letzten Jahren gesehen, daß die Unternehmer bezüglich der Löhne nicht die geringsten Zugeständnisse machten, und so werden wir daraus die nötige Lehre ziehen. Als hier vor etwa sechs Jahren die ersten Steinarbeiterversammlungen tagten, da waren die Kollegen ebenfalls begeistert, aber den Machinationen der Unternehmer gelang es, den gefassten Samen nicht aufgehen zu lassen. Heute aber geloben die Kollegen dem Verbandsverband unerschütterliche Treue.

Hannover II. Unsere am 16. Oktober tagende Versammlung war schlecht besucht. Kollege Kühnast gab den Kassenbericht vom 3. Quartal, worauf ihm auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt wurde. Im Punkt 2 machte der Vorsitzende das Ergebnis der statistischen Aufnahme bekannt. Die Beteiligung war eine gute zu nennen. Redner betonte, daß die Lohnverhältnisse teilweise miserabel zu nennen sind und auf keinen Fall den hiesigen großstädtischen Verhältnissen entsprechen. Dagegen seien die Wohnverhältnisse so in die Höhe gegangen, daß diese kaum noch zu erschwären seien. Außerdem sei noch ein großer Teil Frauen von unsern Kollegen gezwungen, mitzuarbeiten. Auf Antrag eines Kollegen wurde der 3. Punkt der Tagesordnung: Abstimmung über die Verschmelzung mit der Zahlstelle I, aus Rücksicht auf den schlechten Besuch vertagt. Nachdem noch einige Sachen erledigt waren, forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, in Zukunft eifriger für den Besuch der Versammlung zu agitieren.

Am 20. Oktober tagte nun die eigens zu der Verschmelzungsfrage anberaumte Versammlung. Die Abstimmung wurde per Stimmzettel vorgenommen und wurde die Verschmelzung gegen eine Stimme angenommen. Dann wurden noch einige Kollegen in den Verband aufgenommen. Inzwischen war die Abstimmung der Zahlstelle I ebenfalls erfolgt und zwar mit demselben Resultat wie bei uns. Somit tritt die Verschmelzung der beiden Zahlstellen am 1. Januar 1911 in Kraft. — Sicherlich wird dieser Beschluß für die hiesigen Steinarbeiter von sehr großem Vorteil sein. Erfreulich ist, daß beinahe einstimmig der Zusammenlegung zugestimmt wurde. Möge dieses ein gutes Omen für die Zukunft sein.

Ramenz. Am 22. Oktober tagte im Gasthof zum Löwen unsere Mitgliederversammlung. Der Kassierer gab die Abrechnung vom dritten Quartal. Die Einnahme betrug 540,23 M., die Ausgabe 317,06 M., der Kassenbestand 222,27 M. Der Vorsitzende schilderte in packender Form unsere Lokalverhältnisse. Dann wurde das Herumtänzeln um unsere Gegner scharf kritisiert. Die Versammlung war schlecht besucht; die Kollegen haben wohl viel Beschwerden, aber in den Versammlungen, wo sie vorgebracht werden können, erscheinen sie nicht. Dann wurde über das Benehmen des ehemaligen Bruchmeisters Birnstein gesprochen. Birnstein ist am 1. Oktober seines Amtes entbunden worden. Unsere Kritik hat somit gezogen. Auch über den Kollegen Nadarzi wurde Klage geführt, er ist seinen Pflichten nicht mehr nachgekommen. Kollegen! Macht endlich auf. Ihr habt von der Macht der Bau- und Metallarbeiter erfahren. Auch wir wollen den Arbeitgebern ein Teil Profit, der uns notwendig ist, abnehmen. Organisiert euch, agitiert von Haus zu Haus, schließt euch dem Steinarbeiterverband an, damit auch wir vorwärts kommen.

Neustadt a. Hdt. Am 30. Oktober fand im Winzerkeller zu Gimmeldingen eine Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom dritten Quartal, wonach die Einnahmen 233,20 M., die Ausgaben 191,12 M. betragen. Im Anschluß hieran wurde kritisiert, daß verschiedene Kollegen immer sechs bis acht Wochen im Rückstande sind. Wenn es aber gilt, den Verband in Anspruch zu nehmen, dann sind diese die ersten. Der Vorsitzende berichtete dann über die Differenzen mit der Firma Klein, wo ein fremder Kollege unter Tarif entlohnt wurde. Als Klein verklagt werden sollte, perjurte er die fehlende Summe nachanzahlen. Dieser Fall zeigt wieder, daß die Kollegen immer auf der Hut sein müssen, um den Tarif hochzuhalten. Über unrichtige Zahlungen wird aus den Betrieben Christ, Schmitt und Gahner berichtet. Dairt es doch öfter drei Wochen, bis abgerechnet wird. Bei dem Unternehmer Reis sollte ein älterer Kollege unter Tarif entlohnt werden. Die übrigen Kollegen erklärten sich solidarisch und der Unternehmer zahlte schleunigst den fehlenden Lohn nach. Zur Sprache gebracht wurde die wenig noble Umgangssprache des Poliers bei der Firma Semar. Ist ein Werkstück nach Ansicht des Poliers so lange in Arbeit, so heißt es gleich: Fanlener. Auf Vorhaltungen erklärt er dann, er würde von dem Unternehmer auch getrieben. Das gibt ihm aber nicht das Recht, den Zorn, welchen er bei dem Unternehmer hinunterschluden muß, an den Kollegen auszulassen. Wir hoffen, daß dieser Hinweis genügen wird, andernfalls wir ihm ein Buch empfehlen müßten, mit dem Titel: Der gute Ton in allen Lebenslagen. Der Vorsitzende wird ermächtigt, den durchreisenden Kollegen 50 Pfg. ausanzahlen. Für den erkrankten Kollegen Andreas Hepp wurden 3,15 M. gesammelt. Derauf schloß der Vorsitzende die ruhig und anregend verlaufene Versammlung.

Niederlamig. Am 31. Oktober legten hier sämtliche Arbeiter der Vereinigten Fichtelgebirgs-Granit-, Spenit- und Marmorwerke die Arbeit nieder. Der Grund hierzu war folgender: Für das Abboffieren der schrägen Untersicht an Stufen vom Kessener Granit wurde mit den Steinmetzen 1 M. pro laufenden Meter vereinbart und auch bezahlt. Pflösch wurden die Kollegen mit einer Reduzierung von 20 Pfg. pro laufenden Meter überlastet. Bei den Schleifern wurde eine klare Tarifposition durchbrochen und nur 65 Pfg. statt 74 Pfg. für einen laufenden Meter Gehalt bezahlt. Ferner wurden die Stufen durch Profilmaschinen geschliffen. Bei den Nach- und Ausbesserungsarbeiten dieser Stufen wurde den Schleifern, die bisher 45 Pfg. Stundenlohn hatten, nur 35 Pfg. geboten. Als ganz besonderes Äquivalent verlangte man auch noch, daß die Schleifer bei diesen Tagelohnarbeiten das Schleifmaterial selbst stellen. Dies ging nun endlich den ohnedies geduldbigen Kollegen wider die Hautschür; sie wurden wiederholt vorstellig und erhielten die freundliche Antwort: „Jetzt, wenn ihr noch einmal kommt, schmeiße ich euch hinaus.“ Vielleicht dürften wir hier diesem Herrn Knigges „Umgang mit Menschen“ empfehlen. Von der Direktion erhielten die Kollegen statt Geld den ebenfalls freundlichen Entschluß: „Wenn nicht innerhalb ¼ Stunde die Arbeit aufgenommen ist, wird das ganze Fichtelgebirge gesperrt.“ Trotz diesen schlechten Aussichten legten die Kollegen die Arbeit nun nieder, mußten sie doch, daß sich die Firma schwere Tarifbrüche zu schulden kommen ließ und die übrigen Unternehmer dieselben schwerlich durch eine Aussperrung quittieren würden. Diese Einmütigkeit und Standhaftigkeit verfehlte ihren Zweck nicht. Noch am selben Abend bewilligte die Firma, so daß am 1. November früh die Arbeit wieder aufgenommen werden konnte. Wie es scheint, soll solches Vorgehen bei dieser Firma System werden. Diese Vorgänge ermahnen uns alle zur größten Vorsicht und Geschlossenheit. Auch in Neusorg schweben bei derselben Firma noch schwere Differenzen. Dort vereinbarte der Arbeiter für den Steinarbeiterverband mit den bevollmächtigten Vertretern einen Tarifvertrag. Mithin ein kollektives Vertragsverhältnis. Um nun Aussicht für den Zuschlag der vieler Kanalarbeit zu erhalten, verlangte die Firma von den Arbeitern und dem Gauleiter eine schriftliche Erklärung: „daß für obige Arbeit 3 Prozent unter Tarif gearbeitet und bezahlt werden darf. Eine solche Zustimmung wurde abgelehnt. Wir erlauben uns hier die Frage, was sich der Herr Direktor Franke dachte, als er in seinem Zentralbureau dem Gauleiter gegenüber äußerte: „Wir erkennen die abgeschlossenen Tarife ausdrücklich an und werden ohne Ihr Einverständnis keine Reduzierung vornehmen.“ Auf keinen Fall werden wir uns Abzüge gefallen lassen. Das Schiedsgericht, das im Tarif Aufnahme fand, braucht Herr Direktor Wölfel nicht: „Wir sind selbst noch

leute genug, um urteilen zu können.“ Das ist die Meinung der „tariftreuen“ Unternehmer, nicht aber unsre. Wir werden beweisen, daß wir es verstehen, unsern abgeschlossenen Verträgen Recht und Geltung zu verschaffen. Wenn die Fichtelgebirgs-G.-A.-G. denkt, mit uns im Kriegszustand leben zu wollen, dann können wir das nicht ändern, wir werden schon sehen, wer am längsten aushält. Vielleicht machen dann später die Herren Aktionäre ein recht betrübtes Gesicht. Daß in Niederlamig die Differenzen so schnell erledigt wurden, ist dem Eingreifen des Bezirksvertrauensmannes Hofmann-Selb zuzuschreiben. Seiner Umsicht ist es zu danken, daß die Angelegenheit keine weiteren Komplikationen nach sich zog. Aber als traurig muß es bezeichnet werden, daß in unsern Reihen noch Kollegen vorhanden sind, die meinen, unsre Vertreter hätten sich bei der Verhandlung abschnieren lassen. Wenn solche Beschuldigungen erhoben werden, so übersteigt das den Gipfel der Unverschämtheit. Den Vertretern der Kollegen, welche an den Verhandlungen teilnahmen, gehört Dank und Anerkennung. Wenn bei der Schlichtung so ernster Differenzen unsre Vertreter ihre volle Pflicht tun und es wird ihnen dann ihre große Hingabe für unsre Sache mit Verdächtigung gelohnt, so ist das traurig genug.

Oppach. Eine recht eigentümliche Ansicht von Rechtsgefühl und Tarifstreue scheinen die Inhaber der Firma Zempel u. Meinhold zu haben. So lange die Arbeit eilig war, mochte es gehen. Der abgeschlossene Tarif diente als Grundlage der Berechnung und die Differenzen konnten durch gegenseitige Aussprache geregelt werden. Aber jetzt, bei Eintritt der saulen Zeit, werden die Positionen des Tarifs vollständig umgangen, natürlich zum Schaden der Arbeiter. In der letzten Zeit kam es sogar vor, daß die Sodelstücke, die nach Tarif ca. 10 M. kosteten, mit zehn Mark bezahlt wurden. Alles Vorstelligwerden half nichts; es zeigte nur die sonderbare Ansicht, welche die Herren von Pflicht und Recht haben. Nicht die Bestimmungen des Tarifs waren bei diesen Verhandlungen maßgebend, sondern die Frage wurde als Nachfrage gelöst durch folgenden protizigen Unternehmerausdruck: „Ich gebe nicht mehr, und wenn es nicht paßt, der kann gehen.“ Noch vor wenigen Jahren standen beide Unternehmer als Kollegen in unsern Reihen; sie gehörten mit zu denjenigen, welche sich bei jeder Gelegenheit als radikal gebärdeten. Klein fingen sie ihr Geschäft an und es kam im Anfang mancher Sonnabend heran, an dem sie ihren Arbeitern nicht den vollen Lohn auszahlten konnten. Sie verlangten Rücksichtnahme und sie wurde ihnen im vollsten Maße gewährt. So sind sie größer geworden, und heute? Wenn bei Differenzen der Gauleiter in der höflichsten Form vorstellig wird, erfolgt als einzige Antwort die hochweise Aufforderung: „Verlassen Sie sofort meinen Platz.“ Zu den Kollegen aber sagt man: „Wenn es nicht paßt, der kann gehen.“ Nun gut, wir werden uns diese Worte ins Gedächtnis schreiben und werden sie zu gegebener Zeit befolgen. Die Firma ist natürlich als gesperrt zu betrachten. Mögen die Herren ihre Arbeit selber machen.

Peilau. Am 23. Oktober fand hier im Lokal des Herrn Karstke eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt. Als Referent war Genosse Redakteur Feldmann aus Bangenbielau (Kreis Reichenbach) erschienen. In seinem Vortrage führte er den Anwesenden die heutigen Klassenverhältnisse vor Augen und wies dann auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Arbeiter hin. Sodann kritisierte er in scharfen Worten das indirekte Steuersystem und seine Folgen für die arbeitende Klasse. Weiter streifte er den ganzen Entwicklungsgang der modernen Gewerkschaften und ging auf das Unterhaltungsweesen unseres Verbandes ein. Mit beredten Worten schilderte er die neuesten Vorgänge in Moabit und welche Schlüsse die Arbeiterschaft aus denselben zu ziehen habe. Daß der Vortrag ein sehr guter war, bewies die geradezu musterhafte Aufmerksamkeit und der langanhaltende Beifall am Schluß seiner Ausführungen. In der Diskussion sprachen einige Kollegen im Sinne des Referenten. Sodann wurde ein Lokalzuschlag beschlossen, um die Ortsklasse zu stärken.

Ziegelanger. Am 16. Oktober tagte in Eltmann eine öffentliche, gut besuchte Steinarbeiterversammlung, in der Kollege Göpfer aus Würzburg über das Thema: Der Muschelkalktarifabschluß referierte. Redner führte uns die ganzen Unterhandlungen vor Augen, erklärte aber zugleich (entgegen den Ausführungen der Redaktion in der Nr. 41 des „Steinarbeiters“), daß, wenn er (Redner) ohne Wissen des Gauleiters nicht rechtzeitig eine Bezirksversammlung einberufen hätte, die Sache noch weiter verzögert worden wäre (1). Es wurden ferner für den Steigerwald, Ebelbach und Zeil je drei Kollegen in die Agitationskommission gewählt, was uns schon ziemlich viel Mitglieder brachte. Wenn sich unsere Zahlstelle so weiter entwickelt, sind auch wir einmal imstande, dieser miserablen und willkürlichen Entlohnungsweise entgegenzutreten.

Am 30. Oktober fand dann in Trossenfurt eine Versammlung statt, in der Kollege Lohse referierte. Redner streifte ebenfalls den Tarifabschluß im Muschelkalkgebiet und forderte die Kollegen des Steigerwaldes auf, unsern Verbande beizutreten und kräftig dafür zu agitieren. Er ermahnte die Kollegen, sich nicht in zwei Organisationen zu zersplittern, denn nur eine Organisation sei imstande, etwas richtiges durchzuführen, und das sei für uns nur der Steinarbeiterverband. Trotz des schlechten Wetters und der Mühe des Farrers von Trossenfurt, uns den Saal abzutreiben, hatten wir einen sehr guten Besuch zu verzeichnen. Trossenfurt war nämlich Hochburg des Zentrums, was aber durch den Druck der ungeheuren Kosten und durch die schlechten Arbeitslöhne eine andre Wendung bekommen wird.

Rundschau.

Schwurzeugen der Christlichen. Die Macher des schwarzen Keram- und Steinarbeiterverbändens sind sonderbare Ränge. Ihre Unfähigkeit, Positionen in der Arbeiterbewegung zu leisten, ist unsern Kollegen hinreichend bekannt, auch die christlichen Mitglieder wissen dieses. — Weil die Herren Gebrüder Schöner, Brendel und Konforten nun bemerken, daß ihr Verbändel nur so fortvegetiert, so benutzen sie ihre Kästernäher, um in lügenhafter, entstellter Weise gegenüber dem Steinarbeiterverband aufzutreten. Anlaß gibt ihnen das Eisenarbeitertagsprotokoll. Die Reden der Kollegen Link-München, Eisner und Seidel-Dresden, Daubenthaler-Striegau, Adler-Pirna, Schönefeld und Hermann-Weißig werden aus dem Zusammenhang gerissen und in echt christlich demagogischer Weise umgemünzt. Mit den Zitaten aus den Reden der genannten Kollegen gehen nun die Herren Christen haustieren. — Wenn aber die „frummen“ Herren von Lehmer nun denken, auf diese Weise hunderte neuer Mitglieder gewinnen zu können, so täuschen sie sich. — Die Christlichen geben detaillierte Abrechnungen, woraus jeder Posten zu sehen ist, nicht bekannt, die Verbandsprotokolle werden geschminkt oder aber es werden solche gar nicht herausgegeben. Herr Corr, der ehemalige 2. Vorsitzende und Agitator im christlichen Steinarbeiterverband, verführte die Frau von einem Verbandsmitgliede. Der Heirrende agitierte trotzdem für den christlichen Steinarbeiterverband! Herr Corr schlug in seinen Referaten natürlich die Sozials moralisch genügend tot; daß er Gebredung trieb, verschwieg der scheinheilige Mann. Eine andre Kornpflanze, ein Herr Brendel, ließ sich von unserm Zentralverband die gesamte Verbandsliteratur übermitteln. Als sich der Hohlkopf Brendel daraus einige Berufskenntnisse angeeignet hat, spielt er nun dem Sachmann im schwarzen Verbändel und schimpft in bekannter Weise auf die Notizen. Unsere „Konkurrenz“ ärgert sich, daß sie in der Steinindustrie keinen Einfluß besitzt. Sie wird noch weiter abwirksamer, dafür trägt unser Verband Sorge. Gegenüber den Unternehmern sind die Herren Christen sehr schön; groß-

manlich treten sie dem „roten“ Steinarbeiterverband entgegen, um sich vor dem nahen Untergang zu retten. Wir rufen den schwarzen Dachtziehern aus der Karnevalstadt Köln mit Goethe zu:

Über sie treiben's toll;
Ih' ströht' es breche,
Nicht jeden Wochenschluß
Nacht Gott die Zehle.

Unerhörter Zustand. Wie unsern Kollegen bereits bekannt ist, hatte das Kaiserliche Kanalamt in Kiel etwa 5000 Kubikmeter Werksteine ausgeführt. Der Zuschlag ist nun leghin erfolgt und ein Teil der Arbeit geht nach Schweden. — Die Firma Fernström-Karlshamm (Schweden) erhielt vom 2. Los 900 Kubikmeter und die Firma Berliner Hartsteinwerke ebenfalls 900 Kubikmeter. Diese Hartsteinwerke gehören der Siemens'schen Güterverwaltung, welche ihre Steinbrüche ebenfalls in Schweden besitzt. Bei der Ausschreibung der 5000 Kubikmeter sind somit 1800 Kubikmeter nach Schweden gegangen. Dieser Zustand ist einfach skandalös. Wir wollen dem Kaiserlichen Kanalamt sagen, daß der gesamte Auftrag mit Leichtigkeit in Deutschland hergestellt werden konnte. Ueberdies waren die deutschen Angebote nicht viel höher wie die schwedischen, bei uns kommen eben höhere Bahnfrachtsätze in Betracht.

Es forderten pro Kubikmeter:

- 1. Sparmann-Dresden . . . 106.30 Mk.
- 2. Kunath-Dresden . . . 110.— "
- 3. Besser, Görlitz . . . 119.— "
- 4. Kulmig-Striegau . . . 107.— "
- 5. Kolbe-Ighehoe . . . 109.50 "
- 6. Fernström-Karlshamm . . . 98.75 "
- 7. Hartsteinwerke-Berlin . . . 98.— "

Wie diese Aufstellung zeigt, sind die Differenzen nicht von Bedeutung. Die Firmen 1 bis 5 erhielten etwa 3000 Kubikmeter übertragen, aber wir können nicht einsehen, daß der restliche Teil nach Schweden vergeben wurde. — In der nächsten Nummer des „Steinarbeiter“ kommen wir in eingehender Weise auf die ganze Angelegenheit zurück.

Mogelei. Bei der Prüfung der Lohnbücher, welche die Steinbruchs-Berufsgenossenschaft bei den Steinindustriellen vornehmen ließ, ergab sich, daß 58 Unternehmer insgesamt 163 559 Mark zu wenig gebucht hatten. Natürlich aus Versehen. — Der Berufsgenossenschaft wäre, wenn die Mogelei nicht entdeckt worden wäre, ein Schaden von 5077.35 Mk. entstanden. Nun haben die Herren mit ihrer eigenartigen Buchführung zusammen 1631 Mk. Strafe zu verpassen und die hinterzogene Versicherungsprämie noch extra ins reine zu bringen.

Ein Steinarbeiter als Richter. Zu der 9. Schwurgerichtsperiode in München ist als Geschworener der Marmorarbeiter Steier aus Brudmühl berufen worden. Sicherlich waltet er seines Amtes mit demselben Gerechtigkeitsgefühl, als wie die Geschworenen aus den besseren Kreisen.

Dem Steinmetzmeisterverband sind beigetreten: Jakob Bruff, B. Weiler, J. Reich, M. Pörsch und S. Hadenbruch in Rieden; Gebrüder Nadermacher in Weibern; Josef Köhlhaas und Gebrüder Otte in Mayen; J. Jäger in Nierbembding.

Die vorstehenden Unternehmer betreiben ihren Betrieb im Kreise Mayen (Rheinland). Man merkt es, daß unser Verband dort festen Fuß gefaßt hat. Die Unternehmer hatten überdies im Hotel Heuriet zu Mayen am 23. Oktober eine Agitationsversammlung. — Die Steinarbeiter der dortigen Gegend müssen ungefähr in der agitatorischen Kleinarbeit weiter tätig sein.

Der Kathausfessel. In Dresden wurde kürzlich das neue Rathaus eingeweiht. Der berühmte Plastik- und Bildhauer Bräha hat allerhand gigantische Figuren angebracht. Bielewunder wird der Kathausfessel. Darüber schreibt der „Kunstwart“: „Am neuen Dresdener Rathaus ist, von Bräha gestaltet, der Fesselreiter zu sehen. Die Gruppe ist eigentlich eine Art von Wirtshausfessel, sagt: „Hier geht es zum Weinkelner“ und hat zudem, wie es sich für Dresden ziemt, einen gebildeten Sinn: der Fessel oben ist vom Weine begeistert, der Fessel unten ist vom Mensch begeistert, was dem gemäß den bekannten Verlen Bodenstebis allerlei zu denken gibt. Das gute Tier selbst hat insbesondere durch die (höchst naturgetreue) Bildung seiner bejähenden Lippen bei den Dresdnern ein gewaltiges Aufsehen erregt: Menschenfahrungen, Scherzdekorationen, Pasquille, aber auch Widerspruch bis zur Entrüstung — kurz, ein Leben, wie's viel leicht seit zwei Jahrhunderten keine Skulptur in der Götterwelt hervorgebracht hat. So sehr, daß man den Kathausfessel vor des Volkes Teilnahme in Fesseln und Born durch einen Schutzmann schirmen mußte — was dann auch wieder Spaß machte. Das ging wochenlang, und geht gemindert noch heute. Auf diese Weise können also Bildhauerwerke auch in der Gegenwart vollständig werden, selbst, wo eine Einwohnerschaft sonst nicht an Temperamentüberfluß krankt. Uns scheint aus den Erfahrungen des Dresdener Kathausfessels hervorzugehen, daß an jedem großen öffentlichen Profanbau für plastischen Scherz ein Etüden frei sein sollte. An Kirchenbauten schadet es übrigens, wie so zahlreiche alte Beispiele beweisen, auch nichts.“

Die Tarifverträge für das Baugewerbe werden bekanntlich örtlich abgeschlossen, „vorbehaltlich der Genehmigung des Vorstandes des deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe und der Zentralverbände der vertragsschließenden Gewerkschaften“. Im Monat Oktober sind nun die ersten 285 Tarifverträge für 241 Vertragsgewerbe von den beiden Instanzen genehmigt worden. In 107 Fällen gelten die Verträge für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter gemeinsam, in 76 Fällen nur für Maurer und Zimmerer, in 20 Fällen nur für Maurer und Bauhilfsarbeiter, in 39 Fällen für Maurer allein, in 29 Fällen für Zimmerer allein und in 12 Fällen für Bauhilfsarbeiter allein. In 2 Fällen (Hannover und Nürnberg) sind besondere Tarifverträge für Fliesenleger abgeschlossen. An dem Abschluß der Verträge sind beteiligt der Zentralverband der Maurer in 229 Fällen, der Zentralverband der Zimmerer in 194 Fällen, der Zentralverband der Bauhilfsarbeiter in 132 Fällen und der Zentralverband der christlichen Bauarbeiter in 57 Fällen.

Der Malerverband für politisch erklärt. Die Verwaltungsmittglieder des Zweigvereins L. Horn wurden durch die Polizeibehörde mit einem Strafmandat bedacht, weil trotz wiederholter Aufforderung der Vorstände es unterließ, die Mitglieder bei der Behörde anzumelden. Gegen dieses Strafmandat wurde gerichtliche Entscheidung angetreten. Zu der Verhandlung vor dem Schöffengericht waren als Zeugen ein Polizeinspektor, ein Polizeiwachmeister, ein Polizeikommissar und ein Polizeisekretär erschienen, die einmütig behaupteten, daß im Malerverein politische Gegenstände durch auswärtige Referenten erörtert würden und daß nach einer Versammlung vor dem Lokalwahlzettel verteilt worden seien. Als diese eidlige Aussage zur Beurteilung wohl nicht ausreichte, brachte der Polizeinspektor einen von der Hamburger Polizei eingeforderten Bericht zur Verlesung, aus dem die politische Tätigkeit der Mitglieder des Hauptverbandes ersichtlich sein soll. Daraufhin nahm das Gericht an, daß sich der Verband ausschließlich mit sozialdemokratischer Politik befaße. Die Berufung wurde verworfen und die Angeklagten zu einer Geldstrafe von je 5 Mk.

oder einem Tage Haft verurteilt. Gegen dieses Urteil wird nochmals Berufung eingelegt werden. Zur Abwechslung ist nun wieder einmal der Malerverband nach der Rechtsansetzung durch westpreussische Gerichte als politischer Verein erklärt worden.

Der „Charakter“ des Zentrums. Die Frage nach dem politischen Charakter des Zentrums, die seit der berühmten Osterkonferenz zu so leidenschaftlichen und widerspruchsvollen Meinungsäußerungen unter den schwarzen Herren selbst geführt hat, läßt sich eigentlich sehr leicht beantworten. Man stelle nur einmal die verschiedenen Standpunkte zusammen, die das Zentrum zu irgenbinder besonderen Tagesfrage eingenommen hat oder noch einnimmt, und man ist sich sofort über den Charakter des Zentrums im klaren. Da haben wir z. B. die Frage der Proportionalwahl: 1. Das Zentrum ist in Bayern für den Proporz in den Gemeinden mit einer bestimmten Einwohnerzahl. 2. Das Zentrum stimmt in Bayern gegen die Verhältnissewahl für den Landtag. 3. Das Zentrum tritt aber zur Zeit dieser Abstimmung für die Proporzbestrebungen der französischen Katholiken ein. 4. In Elsaß-Lothringen begeistert sich das Zentrum zuerst für ein proportionales Wahlsystem. 5. In Elsaß-Lothringen verwerfen dann Vertreter des gleichen Zentrums bei der Anwesenheit Delbrücks diese Forderung. 6. Die „Germania“, die die Wahlrechtsanträge der Sozialdemokratie im preussischen Landtag niedergelegt hat, die ein gerechtes Wahlsystem forderten, wird zur leidenschaftlichen Verfechterin des gerechten Proporz in der Schweiz. Sie schreibt: „Auch die heutigen Gegner werden sich langsam mit der Idee der Wahlgerechtigkeit vertraut machen. Der Proporz gibt allen Parteien eine ihrem Stärkeverhältnis entsprechende Vertretung; erst damit entspricht die Mitwirkung der im Volke vorhandenen Parteien den tatsächlichen Verhältnissen. Ein gerechtes Wahlverfahren kann dem Lande nur Segen bringen; dagegen wird die gewalttätige Herrschaft des Mehrheitsprinzips in Verbindung mit einer verwerflichen Kreisgeometrie zu einer Quelle wachsender Unzufriedenheit werden.“ Aus diesen Feststellungen heraus ergibt sich, daß das Zentrum gar keinen Charakter hat.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 31. Oktober bis mit 5. November 1910. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

- Brudmühl, B. 10.50. Kolmar, B. 16.10, K. 1.90. Kassel, B. 100.—, Grimma, B. 26.—, K. 9.—, M. 4.—, Herbede, B. 75.—, K. 8.—, M. 0.60. Gernsbach, B. 216.88, K. 7.90, M. 2.50. Kirchheim, B. 153.30, E. 4.—, K. 3.80. Kiefernfelden, K. 4.50. Gerdheim, E. 3.50, M. 1.—. Langenfeld, K. 3.50, M. 1.—. Reuhaus, ? 42.28. Oberdorf, B. 69.70, K. 12.80. Sandersader, B. 264.69, E. 21.—, K. 16.90, M. 10.—, X. 3.—. Steinen, B. 25.50, E. 2.—. Emden, B. 9.60. Kappelwinden, B. 2.70. Frankenhäuser, B. 1.80. Rheinsberg, B. 5.—. Wegdorf, 5.30. Wryh, B. 3.—. Remscheid, B. 4.40. Marktbreit, B. 110.—, E. 9.—. Häßlich, B. 588.—. Freiberg, B. 100.—. Alfeld, Ins. 2.80. Pirna, Ins. 2.40. Laucha, B. 1.50. Freienbrunn, B. 7.20. Verfa a. Alm, B. 4.90. Mainz, B. 125.—. München, B. 500.—, K. 30.—. Plauen, B. 100.—. Rimbach, B. 228.12, E. 1.50, K. 0.20, M. 1.—. Reichenhausen, B. 84.—, M. 1.—. Rüders, B. 39.90, K. 0.10. Regensburg, B. 105.—, K. 1.50. Posen, B. 80.—. Söbba, B. 9.—, K. 0.10. Döhlenburg, B. 42.—. Godebau, B. 238.36, K. 12.10, M. 6.—. Heilbrunn, B. 851.48, E. 23.50, K. 63.60. Göttingen, B. 42.—. Eibelstadt, B. 208.74, E. 2.50, K. 6.60. Brale, B. 7.70. Stade, B. 5.50. Reichartshofen, B. 13.25. Eßtrdingen, 5.—. Froburg, Ins. 2.10. Erlangen, B. 8.—. Markranstädt, B. 3.60. Stargard, B. 3.10. Gebweiler, B. 40.—. Hannover II, B. 12.28, E. 0.50, K. 0.70. Leipzig, B. 569.—.

Ausweis über zurückgekauftes Material vom 1. August bis 31. Oktober 1910.

- Aue, 188 K. Augsburg, 21 B. I. Buda, 282 B. I, 308 B. II, 294 K. Braunschweig, 246 B. I, 75 K. Bochum, 23 K. Bielefeld, 28 B. I, 43 K. Bamberg, 327 B. II. Bremen, 149 B. II, 26 K. Bonn, 100 B. II, 90 K. Balduinstein, 38 B. III, 5 K. Cravinkel, 35 K. Köln II, 48 K. Kassel, 14 B. I. Darlingerode, 72 B. I, 16 E., 94 K. Dorimund, 24 K. Dördingen, 128 B. III, 96 K. Dossenheim, 134 B. III, 80 K. Duisburg, 54 B. I. Eibersfeld, 66 B. I, 250 K. Ebersbach i. Sa., 141 B. II, 131 B. III, 165 K. Edenstetten, 421 B. II, 130 K. Erstein, 24 B. I, 10 E., 25 K. Essen, 163 B. I, 265 K. Falkenhain, 128 B. II, 94 K. Flonheim, 289 B. II, 72 B. III à 45 f., 67 B. III à 40 f., 100 B. IV, 89 K. Faulbach, 98 B. II. Gommern, 1033 B. III, 93 B. II, Görlitz, 103 B., 308 B. III, 67 K. Gera, 16 K. Gelsenkirchen, 3 B. I. Göttingen, 136 B. I, 329 K. Gernsbach, 100 B. I, 10 Erftm. Golenberg, 65 K. Heibersfeld, 206 B. I, 17 K. Heppenheim, 266 B. II, 37 B. III, 79 K. Porta, 162 B. III, 44 K. Herbede, 107 K. Hall, 157 B. II, 121 K. Heibersfeld, 63 B. I, 122 K. Hasserode, 82 K. Hoof, 134 B. I. Königshain, 59 B. II, 122 B. III, 10 K. Kronach, 41 B. III, 173 K. Königslutter, 20 B. I. Karlsruhe, 190 K. Rappeldorf, 62 K. Kirchhausen, 200 B. IV. Knittlingen, 190 B. III, 11 E., 98 K. Kiefernfelden, 21 B. I, 267 B. III, 16 K. Lahr, 223 B. I, 34 K. Langenfeld, 400 B. II. Süßed, 93 B. I, 45 K. Lützenbach, 63 B. III, 69 K. Söbba, 5 B. III. Süßed, 10 K. Söbba, 327 B. I, 992 B. II, 1093 B. III, 149 K. Madweiler, 425 B. III, 114 K. Münsberg, 5 K. Maulbronn, 43 K. Meißel, 130 B. I. Neustadt a. S., 56 K. Nierbembding, 15 B. III. Nürnberg, 470 B. I, 245 B. II, 282 K. Raumburg, 3 B. I, 34 K., 295 B. I à 60 f. Nördlingen, 177 B. I, 75 K. Osterwald, 200 B. I, 110 K. Obernburg, 27 B. III, 23 K. Obermörten, 11 B. I, 62 K. Oßendorf, 36 B. III, 21 K. Oberpeilau, 217 B. II, 128 K. Plaquitz-Löwenberg, 447 B. I, 244 K. Pirmaisens, 16 B. I, 18 K. Sandersader, 99 B. I, 107 K. Rottenbauer, 200 B. I à 60 f., 64 B. I à 55 f., 40 K. Reichenhausen, 55 B. II. Rüders, 42 B. I. Striegau, 462 B. II, 81 K. Steffin, 13 B. I, 28 K. Speyer, 128 B. II, 67 K. Springe, 120 B. II, 49 K. Sulzfeld, 90 B. III, 37 K. Selb, 435 B. I, 28 B. III, 63 K. Sebnitz, 17 B. II, 78 K. Trübingen, 11 B. I à 55 f., 500 B. I à 60 f., 20 K. Unsen, 52 B. III à 45 f., 100 B. III à 40 f. Volksberg, 80 B. III. Weichselburg, 293 B. II, 84 K. Würzburg, 56 B. III, 93 B. II. Wulsdorf, 19 B. I, 33 K. Witten, 15 B. II, 11 K. Wunfelde, 11 B. II, 15 K. Wunfeldeburg, 23 K. Weisel, 385 B. II, 35 E., 100 K. Ziegelanger, 143 B. II, 141 K. Zwickau, 96 B. I, 91 K. Zinnhain, 200 B. II. Ludwig Geist, Kassierer.

Allgemeine Bekanntmachungen.

Eichershausen. Der Steinmetz August Habermann aus Koburg ist von hier abgereist und hat seinen Logiswirt schwer geschädigt. Der Vorstand.

Striegau. Die Vertrauensleute allerorts, insbesondere in Süddeutschland, werden gebeten, dem Unterzeichneten die Adresse des Kollegen Ernst Vöthi, geb. am 27. November 1872 in Mett bei Bern, zukommen zu lassen. Ich habe Vöthi in der Not einen großen Dienst erwiesen, den er aber mit einem polnischen Abschied quittiert hat. Karl Daubenthaler, Bahnhofstr. 11.

Mayen. Die Reiseunterstützung zahlt Jakob Braun, Oßbahnhofsstraße 4, abends von 6^{1/2} bis 8 Uhr aus.

Heidelberg. Ersuche die Vertrauensleute, dem Kollegen Heinrich Schlick, geb. am 6. Oktober 1876 in Wittlich, keine neue Unterimkarte auszustellen, indem er seine alte hier in größter Unordnung liegen ließ. Eduard Laudenklos, Kassierer.

Kiel. Zureisende haben sich, ehe sie um Arbeit anfragen, beim Vorsitzenden der Zahlstelle zu melden. Die Unternehmer stellen lieber Auswärtige ein, unsere Verbandsfunktionäre aber werden entlassen. Die Lokalverwaltung.

Hannover. Der Steinmetz Albert Leopold möge sich seines Gelbes halber an den Vorsitzenden Lator, Veinhäuser Str. 26, wenden.

Neue Zahlstellen.

Ziegenh (2. Gau). Vorj.: Max Behlke, Haagstraße 17. Kass.: Paul Neumann, Neue Breslauer Straße 58, III.

Hudolfstadt (5. Gau). Vorj. u. Kass.: Karl Zeitdner, Jenaer Straße 10.

Adressen-Änderungen.

Höchst a. M. Vorj.: Georg Bögele, Sulzbach am Taunus.

Brück. Vorj.: Eduard Deitenbach, Vor der Loge bei Strombach, Post Gommersbach.

Neujörg. Vorj.: D. Asp.

Neuwied. Vorj. u. Kass.: Friedrich Schlepff, Rheinstr. 16.

Konstanz. Vorj.: Friedrich Schneck, Döbelestraße 7. Kass.: Johann Eberle, Schreiberstraße 40. Die Reiseunterstützung wird beim Kassierer ausgezahlt.

Braunschweig. Vorj.: Hermann Oppermann, Kreuzstr. 74.

Griefkasten.

B. in Dönsfurt. 1. Wende Dich sofort an den Präsidenten der Anwaltskammer in München. Dem Herrn Rechtsanwalt seine Praktiken sind ja ganz eigenartige. Als Befizier der Zinsheine kannst nur Du in Frage kommen. 2. Wenn sich die Haftpflichtversicherung weigert, Entschädigung zu zahlen, so muß der Apotheker zivilgerichtlich belangt werden. Du hast ja unbändiges Pech. Viele Grüße! — Baugen 102. Natürlich kannst Du Dich dorthin melden. Viele Grüße und lasse später etwas hören. — Schwarzenbach. Mit Genugtuung von der Mitteilung Kenntnis genommen. Nur nicht auf den St. Nimmerleinstag hinauschieben. — Ober-Weilan. Es wäre uns sehr angenehm, wenn fragliche Angelegenheit baldigst erledigt werden könnte. Viele Grüße! — Göttingen. Der Steinmetz Oskar Birth, genannt Spitzel, wurde zweimal ausgeführt, das genügt wohl. — B. M. Natürlich mußst Du bezahlen. Die Firma hat sich ja laut Kontrakt das Eigentumsrecht vorbehalten. — Friedberg (Oesterreichisch-Schlesien). Wird besorgt. Die Mitteilung hat uns sehr gefreut. Viele Grüße! — M. in S. Vielen Dank für die Zuschrift. — W. D. P. I. Wir glauben nicht, daß der Amtsrichter etwas ausrichten kann. Behalte nur Dein Eigentum. Fehler ist das auf keinen Fall. — P. in D. Wir müssen noch etliche Auszüge machen, dann erfolgt die Retourierung. Besten Gruß! — M. kann erst in nächster Nummer kommen. Den umfangreichen Bericht erhielten wir bei Redaktionsschluss. Die Zeitung wird eben miserabel bedient. Viele Grüße!

□□ Anzeigen □□

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitssuchenden, sich über die einschlägigen Berufsverhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

Auf höhere Stellen in der Praxis

bereiten die Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld vor: **Steinmetzmeister, Strassenbautechn., Polier, Bautechn.** Stützende Erlolge. Dankschreiben. Ansichtsendungen. Kleine Teilzahlungen. **Bonnens & Hachfeld, Potsdam-W.18**

Schürzen

Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

Tüchtige Sandsteinbrecher

auf harten Sandstein werden sofort für dauernde Winterarbeit eingestellt. Meldungen erbeten an **L. Niggl, Steinmetzgeschäft Mittelsteine (Schlesien), Grasschaft Glas.** Bedarf an Steinmetzen ist gedeckt.

Einige tüchtige Pflastersteinmacher

steht für dauernde Arbeit sofort ein **Bornaer Ratssteinbruch in Froburg (Sa.).**

Schmied im Granit- und Sandsteingeschäft

schärfen erfahren, sucht dauernde Arbeit. Angebote unt. **A. K. 100** postlag. **Meißen, Postamt III.**

Zeugen-Gesuch.

Anfang Juni 1910 wurde in der Kaufinger Straße in München, nachts gegen 2 Uhr, ein Student festgenommen und nach der Polizeidirektion gebracht. Den Vorgang sah ein Steinmetzgehilfe namens **Alois Rappe, Rappold, Rapp** oder ähnlich, mit an, der sich dem Studenten freiwillig als Entlastungszeuge anbot. Die Adresse des Zeugen ist verloren gegangen und wird derselbe hiermit höflichst ersucht, seinen derzeitigen Aufenthaltsort dem **Detektiv-Institut Fortuna, München, Neuhauser Straße 3, II,** angeben zu wollen.

Erklärung.

Ich nehme hiermit die am 24. August 1910 in der Werkstatt der Wirtschaft zum Kranz in Walsburg über den Werkführer Johann Müth geäußerten Beleidigungen mit Bewauern als unwahr zurück und erkläre, daß ich keinerlei Anhaltspunkte für die über ihn angelegte Behauptung habe. **Friedrich Seider, Steinbauer, Malsburg.**

Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.)
In **Berolzheim** am 25. Oktober der Kollege **Karl Kolb**, 33 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In **Banzlau** am 3. November der Kollege **Hermann Steinbrecher**, 42 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In **Dresden** am 4. November der Kollege **Emil Fuhs**, 35 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
In **Falkenhain** am 26. Oktober der Kollege **Robert Kästner**, 25 Jahre alt, an der Berufskrankheit.
Ehre ihrem Andenken!
Verantwortlicher Redakteur: **A. Standinger, Leipzig.**
Verlag von **Paul Starke** in Leipzig.
Rotationsdruck der **Leipziger Buchdruckerei Altengesehlich.**

„Zu hohe Beiträge“.

A. Schm. Die moderne Gewerkschaftsbewegung hat an Umfang und Stärke derartig zugenommen, daß dies jeden Freund der Gewerkschaften nur mit heller Freude erfüllen kann. Die Gewerkschaften bilden heute eine Macht, an der selbst ihre Gegner nicht mehr geringfügig vorübergehen dürfen. Selbst der Staat zieht sie in den Kreis seiner Betrachtungen und Berechnungen und ist bei der Ausnahme von Arbeiterstatistiken auf ihre wertvolle und sachkundige Mithilfe angewiesen. Und die Unternehmer rechnen gleichfalls in recht ernsthafter Weise mit den Gewerkschaften. Vielfach schon haben sie sich, wenn auch oft nach heißen Kämpfen, gezwungen gefühlt, Tarifverträge abzuschließen, die den Arbeitern ein besseres Existenzminimum als früher gewährleisteten. Der Unternehmerabsolutismus in den Betrieben ist gestürzt. Die Arbeiterschaft hat bei der Festsetzung ihrer Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzuberateln und mitzubestimmen. Und wo das noch nicht der Fall ist, da wird es noch eintreten. Früher oder später. Und zwar kraft der wachsenden Stärke und des damit verbundenen Einflusses der Proletariatsgewerkschaften.

Frägt man nun, was die Gewerkschaften so stark gemacht hat, so ist die Antwort darauf: die allgemeine Entwicklungsbedingung und die fortschreitende Aufklärung der Arbeitermassen. Jene geheime Urkraft, die fast allen Lebewesen innewohnt und Gemeinheitsgefühl genannt wird, hat sich auch endlich der bisher in dieser Betätigung von den bestehenden Klassen künstlich zurückgehaltenen Proletariatsmassen bemächtigt und zur Organisation zusammengeschiebete. Und es war ein Leichtes, den Arbeitern zu lehren, wozu sie diese Organisation gebrauchen sollten: Zur Verstärkung ihrer Macht und ihres Einflusses und damit zu der Kraft, dem Unternehmertum eine Verbesse rung ihrer Lebenshaltung abzufordern und abzurufen. Und das ist bisher geschehen, soweit es die Konjunktur, die vorhandene gesellschaftliche Organisation der Arbeiter und deren Mittel zuließen.

Derer Mitte! Man vergesse nicht, auf dieses Wort eine ganz besondere Betonung zu legen. Bei der heutigen kapitalistischen Staatsstruktur ist jede Organisation, die es nicht versteht oder unterläßt, bei Verfolg ihrer Ziele auch die hierzu benötigten Mittel aufzubringen, ein fast- und kraftloses Gebilde. Erst die vorhandenen Mittel bilden neben allen andern notwendigen Voraussetzungen die letzte und wichtige Ergänzung des Machtanspruches der Organisation.

Die Mittel zur Durchführung ihrer Ziele erwirbt sich die Gewerkschaftsorganisation durch die obligatorische Erhebung von festen Mitgliedsbeiträgen, die jedes einzelne Gewerkschaftsmitglied nach den statistischen Angaben seines Verbandes diesem zuführen muß. Die auf diese Weise gesammelten Gelder bilden den Kriegsfonds der Gewerkschaft. Aus diesen Mitteln werden die Verwaltungskosten des Organisationskörpers gedeckt und in besonderer Notlage befindliche Mitglieder sachungsgemäß unterstützt, wird die Agitation betrieben und last not least den um die Verbesserung ihrer Lebenslage oder in der Abwehr gegen Unternehmerrandgriffe im Streit stehenden Mitgliedern der Lebensunterhalt gewährt.

So notwendig nun auch eine gute Verwaltung, so wichtig die Agitation zur Gewinnung weiterer Mitglieder und so zweckdienlich es auch ist, wenn den Mitgliedern in besonderer Notlage Beihilfen gewährt werden — im Vordergrund einer jeden Gewerkschaftsorganisation steht der Kampf für die Verbesserung und Hochhaltung der Lebenslage der Mitglieder und damit ist auch die Notwendigkeit gegeben, daß für den notwendigen Kampf auch die hierzu notwendigen Geldmittel zur Verfügung stehen.

Es erhält aus diesen wenigen Sätzen, daß zu den obersten Grundfäden einer stets schlagfertigen Gewerkschaft eine gut gefüllte Kriegskasse gehört, die gegebenenfalls allen an sie gestellten Anforderungen gewachsen ist. Das darf kein Gewerkschaftsmitglied verkennen. Idealismus, Opfermut und Ueberzeugungstreue sind ganz gewiß auch sehr notwendige

Dinge, jedoch ist mit allen diesen schönen Eigenschaften im Kampfe allein nicht viel auszurichten, wenn sie nicht gefüllt und gefährt werden dadurch, daß zur Abwehr des Hungers und der Not ausreichende Vorkehrungen getroffen werden.

Es ist also die Pflicht jeder Gewerkschaft, vor allem auch dahin zu streben, daß sie stets über eine gefüllte Kriegskasse verfügt. Selbstverständlich wird sie eine solche nicht in allen Notlagen schütten können. Jede noch so gut fundierte Gewerkschaft kann heute angefaßt von vorhandenen Unternehmerrganisationen, deren Bestreben es sehr oft ist, ein lokales Kampffeld zu verbreitern und möglichst viele Mitglieder der Gewerkschaft in den Kampf zu verwickeln, auf diese Weise ausgepumpt werden und muß sich sojann auf die Hilfe und Solidarität der andern Gewerkschaften stützen. Doch das sind Ausnahmefälle, die besonderer Maßnahmen bedürfen. Im allgemeinen soll aber heute jede Gewerkschaft auf eigenen Füßen stehen und ihre Kämpfe selbständig und ohne andere Hilfe durchsetzen.

Diese Taktik ist eine gesunde. Sie soll verhüten, daß sich die Mitglieder einer Gewerkschaft zu sehr auf andere verlassen. Sie soll auch dazu führen, daß die Mitglieder sich an die Notwendigkeit entsprechend hoher Beiträge gewöhnen.

Nun hört man recht oft das unternehmerische Geschwafel von den „hohen“ Gewerkschaftsbeiträgen der Arbeiter. Und alle arbeitereindlichen Blätter leitarikeln von Zeit zu Zeit in allen möglichen Variationen über dieses bei ihnen so beliebte Thema. Der Zweck der Uebung ist klar. Es gilt diesen Arbeiterfeinden, den einzigen Schutzwahl der Arbeiter gegen schrankenlose Ausbeutung ihre Gewerkschaftsorganisation, in Mißkredit zu bringen. Dies Bestreben ist verständlich. Aber unverständlich ist es, wenn auch des öfteren Arbeiter in diese l e Kerbe einbauen und gleichfalls über die „zu hohen“ Beiträge zu ihrer Gewerkschaft klagen.

Diese Arbeiter haben noch nicht erfasst, daß eine Gewerkschaft, falls sie ihrem ureigenen Zweck voll entsprechen soll, auch entsprechend hohe Beiträge von den Mitgliedern erheben muß. Und doch sollte ihnen ein nur oberflächlicher Rückblick auf die allgemeine Entwicklung der Gewerkschaftsorganisationen — und auch der unsrigen — sagen, daß erst mit der Erhebung höherer Beiträge der Einfluß und damit die Macht der gewerkschaftlichen Organisationen gewachsen ist. Die meisten Gewerkschaften waren früher zur Zeit der noch lächerlich geringen Beiträge einfach zur Ohnmacht verdammt. Kein größerer Streik ließ sich auf längere Dauer aufrecht erhalten, weil es zumeist an den hierzu benötigten Mitteln fehlte. Aus letzterem Grunde mußten auch oft die Arbeiter Lohnabhängige widerstandslos hinhimmeln. Die Sache änderte sich aber, als die Beiträge erhöht wurden. Es konnten jetzt Kämpfe geführt und Sieg erfochten werden. Die Mitglieder faßten Vertrauen zu ihrer Organisation, der Bestand wurde stabiler, die Mitgliederzahlen erhöht sich, der Verband wurde nach innen und außen gesiegt. Und seitdem ist der Gewerkschaftsgedanke immer siegreicher in die Arbeitermassen gedrungen.

Es steht also fest, daß hohe Beiträge die Macht der Gewerkschaft fördern. Deshalb ist es aber auch eine Kurzsichtigkeit, wenn manche Arbeiter nun über „zu hohe“ Beiträge räsonnieren. Es ist aber auch eine Kurzsichtigkeit aus anderen Gründen.

Beachtet man den Gewerkschaftsbeitrag als einzelnen Bestandteil im wöchentlichen Ausgabebudget eines Arbeiters, so bildet er darin einen recht winzigen Posten. Vor allem wenn man sich vergegenwärtigt, welchen großen Beutezug tagtäglich Staat und Agrarierertum auf die Taschen des Proletariats ausführen. Rieten, direkte und indirekte Steuern, Lebens- und Genussmittelzölle verteuern den Arbeiterhaushalt ganz außerordentlich. Was aber ist gegen die bewußte große Ausbeutung des Proletariats dessen Gewerkschaftsbeitrag! Und nun kommt hinzu, daß der Erlös der großen „gesetzlichen“ Ausbeutung der Arbeiterschaft deren Feinden zu gute kommt. Der Gewerkschaftsbeitrag hingegen kommt reiflos immer wieder denen zu gute, die ihn aufgebracht haben, nur daß sich die Gewerkschaftsbeiträge in der Organisation auf einen Punkt

konzentrieren und von hier aus dem Gesetz der Solidarität folgend den Bedürftigsten gegeben wird.

Das sind einfache Tatsachen. Und trotzdem trifft man noch so recht oft auf Unmut und Verdrossenheit, weil eben angeblich die Gewerkschaftsbeiträge „zu hoch“ sind. Ach, ihr lieben Freunde, euer Verbandsbeitrag verbietet euch, wenn auch in anderer Form, und trägt außerdem noch oft hundertfältige Frucht! Aber das, was euch Staat, Agrarier und Industriemagnaten rauben, das geht euch unwiederbringlich verloren! Und wie ungeheuer groß sind diese Summen gegenüber euren Verbandsbeiträgen!

Darum kehrt euren Unmut gegen die andere Seite! Bekämpft die staatlichen „gesetzlichen“ Einrichtungen, die das Volk in maßloser Form auspowern. Wendet eure volle Front gegen eure industriellen Ausbeuter!

Hier habt ihr ein Feld umfangreichster Betätigung. Zu diesem Kampfe aber braucht ihr eure Organisation. Und der notwendige Beitrag soll dazu dienen, die Organisation stark zu machen und der unmenslichen Ausbeutung vor allem durch das Unternehmertum entgegenzutreten. Und wenn ihr nicht eure Gewerkschaft nachhaltig stützt, was wolltet ihr dann anfangen? Die schrankenlose Ausbeutung ginge weiter und der einzige Schutzwahl, den ihr durch eure Organisation ihr entgegenstellen könnt, wäre macht- und kraftlos. . . .

Also klagt nicht über zu hohe Beiträge in der Gewerkschaft. Sie sind nicht zu hoch. Und zahlt sie gern und doppelt gern. Sie bilden das wirksamste Mittel gegen Volksausbeutung und Volksunterdrückung!

Die Muster-Baubude der Steinsetzer auf der Brüsseler Weltausstellung

hat erfreulicherweise die Aufmerksamkeit auch weiterer Kreise auf sich gelenkt. So schreibt die in Paris erscheinende sehr angesehenen Zeitschrift „Revue Internationale de l'Industrie, du Commerce et de l'Agriculture“ in ihrer Nummer vom 15. Oktober:

„Die Arbeiterverbände für die Hygiene. Die Beteiligung einer gewissen Anzahl von Organisationen der Straßenbauarbeiter verschiedener Länder, vertreten durch das Internationale Sekretariat derselben, an der Brüsseler Weltausstellung bringt einen sehr interessanten und belehrenden Beitrag zur Frage der sozialen Reformen und der internationalen Arbeitergesetzgebung. Sie wird nicht verfehlen, einen lebendigen Eindruck auf alle zu machen, die sich mit dieser Frage beschäftigen, z. B. Nationalökonomien, Soziologen, Hygieniker und Politiker.“

Die verschiedenen genannten interessierten Arbeiterverbände haben sich vereinigt, um zum Schutze gegen die Gefahren ihres Berufes für die Gesundheit, die Einführung folgender Bedingungen in die Verträge zu betreiben, welchen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestimmen werden:

1. **Zusfluchthütten.** Auf jedem Arbeitsplatz, sowohl auf solchen für ausgedehntere Reparaturen als auch für Pfasterwiederherstellungsarbeiten, die voraussichtlich nicht weniger als eine Woche dauern, müssen vom Beginn der Arbeiten an Zusfluchthütten errichtet sein, wohin sich die Arbeiter zurückziehen und Schutz suchen können.

Was bisher in dieser Richtung geschehen ist, ist absolut ungenügend. Es kommt häufig vor, daß auf Arbeitsstätten, wo 20 bis 50 Arbeiter beschäftigt sind, nur ein Häuschen vorhanden ist. Dieses ist ungefähr 1 bis 2 Kubikmeter groß und vollgepfropft mit Werkzeugen. Es sind keine Maßnahmen getroffen, daß die Arbeiter ihre Garderobe verschließen und Schutz suchen können. Und diese Einrichtungen, so ungenügend und unvollkommen sie auch sind, sind nur Ausnahmen. Meistens ist noch nicht einmal ein Häuschen da.

Man muß zugeben, daß Zusfluchthütten notwendig sind, nicht nur in Anbetracht dessen, daß die Straßenbauarbeiter die Beschädigung und den Verlust ihrer Bekleidung verhindern können, sondern auch, und hauptsächlich, damit der von der Arbeit erschöpfte und erhitzte Arbeiter während der Ruhepausen sich vor

Die Leidensgeschichte der fünf St. inmeßen.

II.

Eines Tages sprach Nikostratus zu Simplizius: Kamerad, weshalb zerbricht dir immer dein Werkzeug? Sprach Simplizius zu ihm: Sei so gut und schmeide mir's zurecht, damit es nicht mehr zerbricht. Sprach zu ihm Claudius: Gib her! Und Simplizius gab ihm alles. Da sagte Claudius: Im Namen unseres Herrn Jesus Christus! Sei stark, Stahl, und tauglich zur Arbeit! Und von selbiger Stunde an begann Simplizius mit seinem Werkzeug gut und schön zu arbeiten. Und fragte Symphorianus mit seltener Liebe und Eindringlichkeit, was das für ein seltsames Schmiedewerk gewesen sei, daß ihm nun das Werkzeug nicht mehr zerbräche? Da sprachen Claudius und Symphorianus zusammen zu Simplizius: Wunderst du dich, Kamerad, über unser Schmiedewerk? Gott selbst, der Schöpfer und Herr der Dinge, hat das Werkzeug stark gemacht, das auch ein Werk seiner Hände ist. Sprach Simplizius zu Symphorianus: Es macht doch Jupiter's nicht selbst alle Dinge? Sprach wieder Claudius: Zu Buße, Bruder, denn du hast Gott gelächert. Du weißt nicht, was du redest. Der Gott, den wir bekennen, hat alles selbst gemacht, und mit ihm Jesus Christ, unser Herr, und der heilige Geist: der aber, den du einen Gott nennst, Jupiter — merkst du denn nicht, daß er bloß das Werk unserer Hände ist? Weisst du nicht, daß der Sonnengott, den wir mit dem Meißel schaffen, nichts ist als das Gemächte unserer Hände?

An dem Tage, da sie so redeten, hatte Kaiser Diokletian den Einfall, sie sollten ihm aus rotem Porphyrtuchelförmige mit allerlei Bildwerk gezierete Becken aushauen. Da begannen Symphorianus, Claudius, Castorius und Nikostratus im Namen des Herrn, Becken und Behältnisse mit schönem Bildwerk und Wasserspeiern von seltener Feinheit der Arbeit zu meißeln. Was aber Simplizius in die Hand nahm, das mißlang ihm. Deshalb sprach er zu Symphorianus: Ich beschwöre dich bei der Sonne, sag mir, wer ist der Gott, der alles geschaffen hat und in dessen Namen ihr eure Kunst so erfolgreich ausübt? Claudius erwiderte: So gefüllt deinem Sinn und deinen Augen, was wir schaffen? Simplizius verneigte: Ich verstehe nichts von den frommen Worten, die ihr täglich redet. Aber ich bitte euch, erkläre mir die Worte der Frömmigkeit; denn ich will mit euch in Freundschaft leben. Sprach Claudius: Ist keine Freundschaft aufrichtig? Simplizius antwortete: Sie ist es; wahrhaftig, sie ist es. Ihr kennt mich seit fünfzehn Jahren und wißt, daß ich seit dieser Zeit redlich mit euch gearbeitet habe. Sprach zu ihm Symphorianus: Wenn du die Kraft hast, zu glauben, dann wollen wir dich gerne einweihen; und du wirst alsbald nicht bloß die Kunst besser verstehen, sondern später auch das ewige Leben er-

werben. Simplizius entgegnete: Aus vollem Herzen wünsche ich, euren Gott kennen zu lernen, und ich bitte euch, gewährt mir's. Sprach wieder Claudius: Sieh her, das ist's, was wir dir zu sagen haben: glaube mit Treuen, daß unser Herr Jesus Christus der Sohn des einzigen Gottes ist, und empfang die Taufe; so werden dir alle Dinge zum besten dienen. Sprach Simplizius: So zaudert nicht, damit ich mit euch in der Arbeit wie im Glauben einsehe! Und sie gingen einen Priester suchen und fanden einen Bischof, Cyrill mit Namen; der war aus Antiochia im Morgenlande herbeigeschleppt worden und lag in Banden im Gefängnis; und war schon seit drei Jahren zur Ehre Christi von Peitschenhieben zerfleischt worden. Zu ihm also kamen zur Nachtzeit die fünf, nämlich Symphorianus, Claudius, Nikostratus und Castorius zusammen mit Simplizius; sie gingen zu ihm hinein und fanden ihn in Ketten mitten unter andern Bekennern, warfen sich ihm zu Füßen und baten ihn, er möge Simplizius taufen. Als das der Bischof hörte, ward er laut vor Freude und sprach zu Simplizius: Prüfe dich, mein Sohn, ob du mit ganzer Seele gläubig bist; so werden dir alle Dinge zum besten dienen. Und Claudius erzählte mit seinen Freunden, was mit des Simplizius Arbeitswerkzeugen geschehen war. Cyrill aber, der Bischof, dankte dem allmächtigen Gott und sprach zu Simplizius: Mein Sohn, du hast gesehen, wie euer Werk gediehen ist; nun geh hin und sei gläubig. Simplizius erwiderte unter Tränen: Wie soll ich meinen Glauben zeigen? Da sprach der selbige Bischof: Verachte die Götter der Heiden, denn sie sind von Menschenhand gemacht. Simplizius sprach: Ja; und ich glaube wahrhaftig, daß Jesus Christus der alleinige und rechte Gott ist. Und der Bischof lehrte ihn wie einen Katechumenen das Christentum, taufte ihn im Namen des Vaters, des Sohnes und des heiligen Geistes und entließ sie alle.

Simplizius ist von den Arbeitsgenossen für das Christentum gewonnen. Die fünf arbeiten nun mit Eifer und Glück an den kaiserlichen Bestellungen; das Zeichen des Kreuzes, mit dem sie sich während der Arbeit unermüßlich bezeichnen, ist der Schlüssel ihres Erfolges. Die Kunsttrichter aber bemerkten es, daß sich die fünf Arbeiter während der Arbeit immerzu bekreuzigen, und werfen ihnen mit der ohnmächtigen Wut der Aufgeklärten magische Kräfte vor. Claudius bekennt sich als Christ und behält in einer Diskussion über den Opfertod Jesu und die Auferstehung das letzte Wort. Die Arbeiter ringsumher im Porphyrtuchbruch und in der Baustätte hören aufmerksam auf das Wortgefäch zwischen dem heidnischen Kunsttrichter und dem christlichen Arbeiter. Viele Arbeiter hörten die beiden streiten und glaubten den Worten des seligen Symphorianus und sprachen einer zum andern Kameraden, es ist besser arbeiten, wenn uns der Gott der Christen unterstützt, der am Kreuze gestorben und wieder auferstanden ist von den Toten. Der Kaiser ist mit den Leistungen der christlichen Bildhauer höchlich zufrieden und teilt Geschenke aus. Die Zwischenträgerlein der mißvergnügten Kunsttrichter, die ihm hinterbringen, daß jene geschickten Steinmeßen

Christen sind, hört er, als Altaiser mehr Mäcen als Politiker, mit den würdigen Worten: „Begeistert sie auch der Name ihres Gottes zu so guten Kunstwerken, so soll mir dieser Männer Wert drum nicht minder lieb sein.“

Der Kaiser gibt den christlichen Steinmeßen neue Aufträge und neue Auszeichnungen. Sie führen die kaiserlichen Aufträge zur Zufriedenheit des Bestellers aus; bloß in einem sind sie starrköpfig: sie weigern sich, ein Standbild des Gottes der Heilunde, des Askulap, zu meißeln. Die beunruhigende Weigerung wird dem Kaiser von den schadenfrohen Kunstrichtern gemeldet.

Der Kaiser sprach: „Man führe jene Arbeiter vor.“ Claudius und seine Genossen wurden vorgeführt und der Kaiser sprach zu ihnen: „Ihr wißt, daß unsere Milde euch geneigt ist und daß ich euch mit landesväterlicher Liebe zugetan bin. Deshalb gehorcht ihr nicht unseren Befehlen? Deshalb habt ihr den Askulap nicht bilden wollen?“ Claudius nahm das Wort für seine Freunde: „Frommer, großmächtigster Kaiser! Immer haben wir Eurer Milde gehorcht und Euren Glanze gedient; aber das Bildnis des elendesten Menschen können wir niemals fertigen, denn es steht geschrieben: „Der Heiden Götzen sind Silber und Gold, von Menschenhänden gemacht. Sie haben Mäuler und reden nicht; sie haben Augen und sehen nicht; sie haben Ohren und hören nicht; auch ist kein Odem in ihrem Munde. Die solche machen, sind gleich also; alle, die auf solche hoffen.“ Da wurden die kaiserlichen Kunsttrichter wild gegen die Steinmeßen und schrien zum Kaiser: „Seht Ihr, heiliger, erhabener Kaiser, die Schamlosigkeit, mit der diese hochmütigen Handarbeiter zu Eurer Heiligkeit reden?“ Da sprach der Kaiser: „Erfahrene Künstler sollen mir nicht verflucht sein; sie mögen sich Meiner Gnade getrösten.“ Da sprachen die Philosophen: „Ob sie den Befehlen Eurer Heiligkeit gehorchen oder nicht, wir werden jedenfalls Leute finden, die nach Euren Willen arbeiten.“

Der Kaiser Diokletian erwiderte: „So wüßtet ihr tatsächlich Arbeiter, die noch geschickter sind als diese Christen?“ Die Kunsttrichter meinten: „Wir werden euch, erhabener Kaiser, Leute finden, die von Ehrfurcht gegen die rechten, alten Götter erfüllt sind.“ Da sprach der Kaiser: „Findet ihr wirklich Leute, die ihr aus rotem Porphyrtuch den Askulap aushauen, so sollen diese christlichen Arbeiter von der Strafe getroffen werden, die auf Religionschändung gesetzt ist, und jene andern sollen dann in Unserer Allerhöchsten Gunst stehen.“

Der italienische Historiker de Rossi und Bendorff erklären die etwas verblüffende Spezialantipathie gegen Askulap daraus, daß Askulap dem Christenheiland das Attribut soter, das ist Retter, freitig machte, und überhaupt als der mächtigste und angesehenste Heidengott galt. Der Askulapult hat in der diokletianischen Epoche den Sonnenkult wohl noch überboten.

Palms 135, Vers 15 mit 18. (Nach Buthers Bibelübersetzung.)

* Jupiter ist bei Griechen (Zeus) und Römern der höchste der Götter.

den Unbliden der Witterung rasen kann, und damit er nicht nötig hat, in das Wirtschafts- und nach andern Orten zu gehen, wo ihm Gelegenheit zu Wirtschaftsschulden usw. geboten wird.

Es ist selbstverständlich, daß Zustuchthütten bei entsprechendem Wetter und zu angemessener Zeit geöffnet werden, ferner mit einer genügenden Anzahl von Waschgeheiß versehen sein müssen und nicht als Werkzeug- und Materialdepot benutzt werden dürfen.

2. Aborte. Bei allen Straßenbauarbeiten, mit Ausnahme der durch sogenannte fliegende Kolonnen ausgeführten, hat der Unternehmer folgende Maßnahmen zu treffen:

a) Entweder läßt er auf dem Arbeitsplatz selbst Aborte errichten, die allen Anforderungen des Anstandes und der Hygiene entsprechen;

b) oder er trifft mit den Eigentümern der anliegenden Grundstücke ein Abkommen, daß die Arbeiter die Erlaubnis haben, die Aborte dieser Grundstücke zu benutzen, ohne zu einer Gegenleistung, sei es direkt durch Bezahlung oder indirekt durch Entnahme von Waren usw., verpflichtet zu sein.

Die Gründe, die für die Verwirklichung dieser zweiten Forderung sprechen und die sich auf Anstand und Hygiene beziehen, brauchen hier eigentlich nicht erwähnt zu werden, denn sie sind in die Augen springend. Fügen wir noch einen weiteren, sozialer und wirtschaftlicher Art, hinzu: es ist notwendig, daß die Arbeiter, die ein Bedürfnis zu befriedigen haben, nicht auf die benachbarten Wirtschaften angewiesen sind.

Alles in allem sehen wir uns hier zweierlei Forderungen gegenüber, die von gewissenhaften und nach vollkommen gleichen Gesichtspunkten handelnden Arbeiterorganisationen ausgehen und jeder rechtlich und vernünftig Denkende muß sich der folgenden Würdigung ihres Inhaltes anschließen:

1. Ihre Rechtmäßigkeit ist unbestreitbar, und hervorragende Persönlichkeiten, u. a. Professor Dr. H. Albrecht, haben diese Forderungen bezüglich Form und Inhalt vollständig unterschrieben.

2. Sie machen dem Gefühl der Würde der arbeitenden Klasse alle Ehre, welche die hygienischen Reformen als die dringendsten und wichtigsten der sozialen Arbeiterorganisation betrachtet. Dies gibt uns einen interessanten Einblick in den eigentlichen Charakter der Bestrebungen der organisierten arbeitenden Klasse, die auf die Buchtwahl gerichtet sind, indem sie sich auf jede Weise die wirksamsten Bedingungen zur körperlichen Wiedergeburt zu sichern sucht. Eine solche bemerkenswerte Tendenz ist wohl wert, in der Öffentlichkeit kundgegeben und hervorgehoben zu werden.

Wir können die glückliche Idee der interessierten Arbeiterverbände nicht genug billigen, ihre Forderungen dem Urteil eines aus allen Ecken der Welt zusammengeströmten Publikums der großen internationalen Versammlung in Brüssel zu unterbreiten. Ihr Beitrag wird zur Aufklärung sehr vieler Geister dienen, die sich dadurch in die Lage versetzt haben, sich über den Charakter der Forderungen der Arbeiter klar zu werden."

An den Landtagsabg. Oswald in Mittenberg.

Der ehemalige Redakteur der christlichen „Gewerkschaftsstimme“, Johannes Wolf, gibt im „Frankischen Volksfreund“ dem Herrn Landtagsabgeordneten und Gewerkschaftsführer Oswald eine harte Rüge zu kneten. Wolf schreibt in der genannten Zeitung:

„Nach einem Bericht der „Gewerkschaftsstimme“, Nr. 43 vom 27. Oktober, hat der Abgeordnete Oswald in einer Versammlung in Ingolstadt erneut behauptet, die Angaben meiner Broschüre entsprächen nicht der Wahrheit.“

1. Herr Oswald, ich fordere Sie hiermit erneut öffentlich auf, die Punkte meiner Broschüre anzugeben, die mit dem vom **Solange** herausgegebenen Material nicht übereinstimmen. Solange Sie jene Punkte nicht klipp und klar bezeichnen kann, zeichne ich das als eine Unwahrheit.

2. Herr Oswald, Sie erzählen Ihren Zuhörern, daß ein vereidigter Bücherrevisor die Bücher und den Kassenbestand des Verbandes geprüft habe. Bitte, Herr Oswald, veröffentlichen Sie in der „Gewerkschaftsstimme“ das Gutachten dieses Herrn mit dessen Unterschrift. Solange Sie dieses nicht tun, verdienen Ihre Angaben in der Sache keinen Glauben.

3. In der „Gewerkschaftsstimme“, Nr. 42, stellen Sie in einem Bericht über eine Ausschließung des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften folgende Behauptung auf:

Wolf, der geldgierige „Reorganisator“ des Staats- und Gemeindeförderverbandes, soll, ebenso wie seine allzu eif-

rigen Nachbeter im sozialistischen Lager, durch den angegriffenen Verband zur Rechenschaft gezogen werden.

Die Behauptung, daß ein solcher Beschluß gefaßt sei, ist nicht wahr.

Im Gegenteil, ein Sekretär, der an dieser Sitzung teilnahm, berichtete an eine zuverlässige Person, daß man keine Klage erheben wird, da nach einigen Monaten doch alles vergessen sei. Man müsse aber jetzt drohen, damit die Gegner über die Sache schweigen.

4. In der „Gewerkschaftsstimme“ haben Sie einen Brief aus Hamburg gegen mich veröffentlicht, der eine Reihe gemeine Beleidigungen enthält, und in dem mir vorgeworfen wird, ich wollte mit der Broschüre 10 000 bis 15 000 Mark verdienen.

Ich stelle fest, daß ein solcher Brief aus Hamburg nicht an die „Gewerkschaftsstimme“ geschrieben wurde, sondern daß (in Ihrem Auftrage, Herr Oswald!), der Sekretär Eikmann aus Düsseldorf mehrere Tage in Hamburg war und dann, nachdem er besseres Material nicht gegen mich finden konnte, diesen Lügenbrief an die Redaktion schrieb.

Herr Oswald, dieser Eikmann ist derselbe Mann, der sich nicht gegen den Vorwurf einer Bestechung durch einen Brauereibesitzer verteidigte. Dieser Vorwurf ist Ihnen, Herr Oswald, seit 1908 bekannt, Sie haben aus dem Grunde die Zahlstelle Paderborn dem Bezirk Hannover angegliedert, Eikmann aber mehrmals als Muster eines Beamten gefeiert.

Herr Oswald, ist dieser Eikmann nicht derselbe Mann, der im Frühjahr 1908 auf der Fahrt von München nach Norddeutschland zu dem Sekretär Frankenberg für einen katholischen Beleidigende Bemerkungen über die Hl. Messe und die Geselligkeit machte, die in anderen christlichen Organisationen die Beseitigung Eikmanns zur Folge gehabt hätte? Wegen dieser Aushereung wäre Eikmann bei einer Anzeige auch bestraft worden. Einige Monate später, auf der Katholikenversammlung in Düsseldorf, sprach in einer Nebenversammlung dieser selbe Herr Eikmann über: „Die religiöse Weiterbildung des katholischen Arbeiter“. Herr Oswald, auch diese Tatsache war Ihnen schon lange bekannt, trotzdem antwortete er in Ihrer Gasse weiter.

Ihre Absicht ist es, durch Drohungen mit einem Rattenkönig von Prozessen die Dessenlichkeit von der Verprechung der Broschüre abzuschrecken. Ich bitte Sie heute darum, Klage gegen mich zu erheben, damit ich auch vor Gericht den Beweis für die Richtigkeit meiner Behauptungen erbringen kann. Sollten Sie aber auch jetzt noch nicht den Mut zur Klage finden, so werde ich doch gegen die Fliegblätter in der „Gewerkschaftsstimme“ vorgehen.

6. Um dem Vorwurf, als habe ich meine Angaben nur gemacht, um viel Geld zu verdienen, gebe ich die Broschüre an alle organisierten Arbeiter, auch an die christlichen, zum Einzelpreis von 40 Pfg. ab. Bei Annahme von 10 Stück liefere ich schon zu 30 Pfg. und erbitte mich außerdem, den Zahlstellen der Verbände und Distrikten eine Anzahl der Broschüren zum Verkauf auf Rechnung zu überlassen, und bei Rechnungsabluß die nicht verkauften Bücher wieder zurückzunehmen. **Hamburg, Johannes Wolf.**

Diese Anfragen werden dem Zentrumsabgeordneten Oswald natürlich sehr unangenehm sein. Wir glauben nicht, daß er dieselben zu beantworten Lust hat. Die Widerlegung, die Oswald seinerzeit in der „Gewerkschaftsstimme“ gegenüber Wolf brachte, war recht matt und nichtslugend. Die Wolf'sche Broschüre ist den Herren Christen sehr unangenehm, das wurde in einer Münchner Versammlung erst kürzlich von einigen Rednern unterstrichen.

Vom Bau Schulwesen.

Mittlere technische Lehranstalten gibt es in Deutschland genügend. Aber wir kennen viele städtische und Privatlehranstalten, welche wirklich den leistungsbegierigen Schülern nicht zu entsprechen. Eine neuerdings amtlich revidierte Liste gibt nach dem Stande vom 21. Oktober d. J. eine genaue Uebersicht der in Preußen anerkannten Bauerschulen: die Uebersicht enthält bei den nichtpreussischen Schulen auch die Angabe, von welchem Zeitpunkte an sie in Preußen anerkannt sind. Im Interesse weiterer Kreise geben wir die Liste mit dem Bemerkten hier wieder, daß bei den Anstalten der gesperrt gedruckten Städte- und Bauabteilungen eingerichtet sind: Kgl. Bauerschule zu **Lauch**; Kgl. Bauerschule zu **Barmer Elbersfeld**; Städtische Bauerschule zu **Berlin**; Hessische Bauerschule zu **Bingen a. Rh.** (anerkannt seit 23. Juni 1905 für Hochbauabteilung, seit 30. Juni 1910 für Tiefbau-

abteilung); Baugewerkschule zu **Bremen** (anerkannt seit 30. November 1890 für die Hochbauabteilung, seit 25. November 1904 für die Tiefbauabteilung); Königl. Baugewerkschule zu **Breslau**; Königl. Baugewerkschule zu **Burg**; Königl. Baugewerkschule zu **Cassel**; Staatliche Gewerbeakademie, Bauabteilung, zu Chemnitz (es ist das Reifezeugnis des Abgangszeugnis erforderlich, der Abgangsschein genügt nicht); Königl. Baugewerkschule zu Chemnitz (anerkannt seit 24. Februar 1894); Herzogl. Baugewerkschule zu **Coburg** (anerkannt seit 18. März 1910 für die Hochbauabteilung, seit 18. März 1910 für die Tiefbauabteilung); Großherzogl. Baugewerkschule zu **Darmstadt** (anerkannt seit Herbst 1900); Königl. Baugewerkschule zu **D. - Krone**; Königl. Baugewerkschule zu **Dresden** (anerkannt seit 24. Februar 1894); Königl. Baugewerkschule zu **Eckernförde**; Königl. Baugewerkschule zu **Erurt**; Königl. Baugewerkschule zu **Essen**; Königl. Baugewerkschule zu **Frankfurt a. O.**; Königl. Baugewerkschule zu **Frankfurt a. M.**; Königl. Baugewerkschule zu **Görlitz**; Herzogl. Baugewerkschule zu **Gotha** (anerkannt seit 18. November 1901); Schule für Baubandwerker zu **Hamburg** (anerkannt seit 24. Februar 1894 für die Hochbauabteilung, seit 1. April 1905 für die Tiefbauabteilung); Technikum zu **Hildburghausen** (anerkannt seit 25. August 1909); Königl. Baugewerkschule zu **Hildesheim**; Königl. Baugewerkschule zu **Höxter**; Herzogl. Baugewerkschule zu **Holz-minden** (anerkannt seit 1. Januar 1904 für die Hochbauabteilung, seit 1. April 1905 für die Tiefbauabteilung); Königl. Baugewerkschule zu **H. Stein i. T.**; Großherzogl. Baugewerkschule zu **Karlshöhe** (anerkannt seit 24. Februar 1894 für die Hochbauabteilung, seit 1. April 1903 für die Tiefbauabteilung); Königl. Baugewerkschule zu **Kattowitz**; Königl. Baugewerkschule zu **Köln a. Rh.**; Königl. Baugewerkschule zu **Königsberg i. Pr.**; Königl. Baugewerkschule zu **Leipzig** (anerkannt seit 24. Februar 1894); Baugewerkschule zu **Lübeck** (anerkannt seit 15. August 1900 für die Hochbauabteilung, seit 8. Juli 1904 für die Tiefbauabteilung); Königl. Baugewerkschule zu **Magdeburg**; Königl. Baugewerkschule mit Gewerbelehrinstitut zu **München** (anerkannt seit 24. Februar 1894); Königl. Baugewerkschule zu **Münster**; Königl. Baugewerkschule zu **Nienburg a. W.**; Baugewerkschule zu **Nürnberg** (anerkannt seit 24. Februar 1894); Hessische Baugewerkschule zu **Offenbach a. M.** (anerkannt seit 30. Juni 1910); Königl. Baugewerkschule zu **Plauen i. B.** (anerkannt seit 24. Februar 1894); Königl. Baugewerkschule zu **Posen**; Königl. Baugewerkschule zu **Rendsburg**; Königl. Baugewerkschule zu **Sieckin**; Kaiserl. Technische Schule zu **Strasbourg i. E.** (anerkannt seit 19. April 1904); Königl. Baugewerkschule zu **Stuttgart** (anerkannt seit 24. Februar 1894); Anhaltische Baugewerkschule zu **Zerbst** (anerkannt seit 9. März 1904 für die Hochbauabteilung, seit 1. April 1905 für die Tiefbauabteilung); Königl. Baugewerkschule zu **Zittau**.

Literarisches.

Baukalender der „Baugewerks-Zeitung“ für das Jahr 1911. 3. Teile. 34. Jahrgang. Herausgegeben von der Redaktion der Baugewerks-Zeitung, Berlin. Preis des Kalenders nebst zwei Beigaben je nach der äußeren Ausstattung 2,75 bezw. 3,25 und 4,50 Mk.

Schon gleich beim ersten Blick in den soeben neu erscheinenden Baukalender, für dessen Beliebtheit allein schon die Jahr für Jahr erforderliche große Auflage spricht, fällt die in diesem Jahrgange besonders große Umarbeitung auf, bei welcher keine Mühe und Kosten gespart wurden, um den Kalender in jeder Hinsicht den Anforderungen der Neuzeit entsprechend zu gestalten. Sowohl der Hauptteil wie die erste Beigabe haben ein völlig verändertes Aussehen erhalten. Die neuen Ministerial-Bestimmungen vom 31. Januar 1910, betreffend die bei Hochbauten anzunehmenden Belastungen und die Beanspruchungen der Baustoffe sowie die Berechnungsgrundlagen für die statische Ausführung von Hochbauten, die für das Baugewerbe von einschneidender Bedeutung sind, wurden neu aufgenommen. Ferner ist der Teil der ersten Beigabe, welcher die für den Baugewerbetreibenden wichtigsten ausführlichen Kapitel über die bürgerliche, gewerbliche und soziale Gesetzgebung enthält, mit besonderer Sorgfalt gänzlich in neuer Bearbeitung erschienen.

Wichtig ist ferner der Gehaltsverzeichnis für Anfertigung von Bauzeichnungen, Kostenanschlägen, Details usw. in der Form, in welcher er auf dem 17. Delegiertentage zu Düsseldorf vom Innungsverbande Deutscher Baugewerksmeister angenommen, sowie ein nach den neuesten Gesetzbestimmungen völlig umgearbeiteter Abschnitt über die Führung des Meistertitels und über die Meisterprüfung im Baugewerbe.

Da begannen die Kunsttrichter gegen Claudius, Symphorian, Nikostratus und Castorius zu eifern: „Weshalb gehorcht ihr nicht den Geboten des frommsten Kaisers und tuet ihr nicht seinen Willen?“ Claudius verfehte: „Wir spotten nicht unseres Herrn Jesus, damit wir uns nicht um unser Seelenheil betrügen und schuldig befunden werden in seinem Angesichte.“ Die Kunsttrichter verfehten: „Es ist klar, ihr seid Christen.“ Castorius verfehte: „Wahrhaftig, wir sind's.“ Da suchten die Kunsttrichter andere Arbeiter aus; die schufen den Askulap aus profanem Marmor und trugen die Statue nach einunddreißig Tagen vor's Angesicht der Philosophen. Die Philosophen melbten dem Kaiser, die Statue sei vollendet. Der Kaiser ließ sie stracks zu sich bringen und als er sie erblickte, da rief er aus: „Dies Kunstwerk stammt aus den Händen jener Arbeiter, die vordem Unser Allerhöchster Wohlgefallen erregt haben.“ Da sprachen die Kunsttrichter: „Heiligster, erhabenster Kaiser! Eure Milde möge erfahren, daß jene Arbeiter, die Allerhöchstdieselben für die geschicktesten Bildhauer zu halten geruhten, Claudius nämlich, Castorius, Symphorianus, Nikostratus und Simplizius, christliche Religionshänder geblieben sind und daß sie durch ihre Zaubergefänge sich die Menschen untertan machen.“ Da sprach der Kaiser: „Wenn sie Meinen Geboten nicht gehorcht haben und eure Anzeige die Wahrheit enthält, so mögen sie die Strafe ertragen, die auf Religionshänderung gesetzt ist.“ Und der Kaiser befahl einem Offizier namens Lampadius, er möge in ruhiger Verhandlung die christlichen Arbeiter mit den Philosophen zusammen vernehmen, und sagte: „Prüfe sie alle mit rechter Genauigkeit; und wer sich falschen Zeugnisses schuldig erweist, den treffe dieselbe Strafe wie den Religionshänder.“ Zur selben Stunde ließ Lampadius vor dem Sonnentempel die Gerichtsstätte bereiten; und er befahl, daß sämtliche Arbeiter, voran die fünf Christen, und auch die Philosophen sich daselbst versammelten. Mit vernemlicher Stimme sprach Lampadius also: „Unsere erhabenen Herrn und Kaiser“ haben befohlen, daß in der Streit-sache zwischen den Philosophen und den Bildhauern Claudius, Castorius, Nikostratus und Genossen Licht geschaffen werde, damit sich zeige, wer schuldig ist.“ Da schrien alle Steinmehnen — denn sie waren heimlich von den mitvergünstigten, eifersüchtigen Philosophen gegen ihre Arbeitsbrüder ausgehet worden: „Bei der Gesundheit unseres frommen Kaisers! Weg mit den Religionshändlern! Zum Henker mit den Heidenmeister!“

* Prokonnesos hieß eine durch weißen Marmor berühmte Insel in der Propontis (dem Marmarameer).

* Lampadius hält Gericht im Namen von drei Kaisern. Diokletian hatte sich von Anfang an die Mitregierung seines Waffenbruders Maximilian gefallen lassen müssen, der in Mailand residierte. 293 hatte Diokletian noch zwei Unterkaiser („Cäsa-ren“) ernannt: Constantius Chlorus und Galerius, die seit Diokletians und Maximilians Abdankung (305) als eigentliche Kaiser („Augusti“) regierten. Auf Constantius folgte 306 Constantian, sein Sohn.

Aber Lampadius merkte wohl, daß die Steinmehnen auf-gesetzt waren, und sprach: „Die Verhandlung ist noch nicht abgeschlossen; wie kann ich da schon das Urteil fällen?“ Die Philosophen riefen: „Sind sie keine Heidenmeister, so sollen sie die Götter des Kaisers anbeten.“ Und auf der Stelle befahl Lampadius den Pfaffen: „Betet den Sonnen Gott an, damit ihr die Anklage der Philosophen zerstreut.“ Aber die christlichen Arbeiter erwiderten: „Niemand werden wir das Werk der eigenen Hände anbeten; wir beten zu dem Herrn des Himmels und der Erden, zum Kaiser aller Kaiser, der da lebt in Ewigkeit, zu Jesus Christus.“ Sprach die Philosophen zum Tribun Lampadius: „Du hörst es; nun geh hin und mache dem Kaiser Meldung.“ Da gebot Lampadius, daß man die fünf Christen ins Gefängnis werfe. Neun Tage später machte der Offizier dem Kaiser in einer ruhigen Stunde Meldung. Am nämlichen Tage kamen die Philosophen daher und trugen neidische Klagen vor: „Erhabener Kaiser, entrinnen diese aus der Haft, so wird die Religion der alten Götter zugrunde gehen.“ Da sagte der Kaiser: „Beim Sonnengott, haben sie nicht der Sonne nach altem Brauch geopfert, so will ich sie mit ausgesuchten Strafen schlagen.“

Lampadius setzte eine zweite öffentliche Gerichtsverhandlung vor dem Sonnentempel an. Die fünf Arbeiter bleiben bei ihrer Weigerung. Der Offizier erstattet dem Kaiser Bericht; der Kaiser befiehlt, man solle sie mit Nagelweissen schlagen, falls sie zum dritten Mal bei ihrer Weigerung bleiben.

Nach einigen Tagen sah Lampadius am selben Orte aber-mals zu Gericht. Unter Heroldsruf befahl er, die Angeklagten aufzuführen. Er zeigte ihnen alle Schreden der Strafen. Ange-sichts der Marterwerkzeuge sprach er so zu den Christen: „Hört mich und weicht den Strafen aus; zeigt euch wohl-gesinnt den Kaisern und opfert der Sonne. Denn es ist nicht mehr Zeit, mit Worten zu sechten.“ Claudius und seine Ge-nossen aber entgeaneten wie aus einem Munde und voll von christlicher Zuversicht: „Wir fürchten nicht deine Marterwerk-zeuge und lassen uns durch deine freundlichen Worte nicht be-tören. Wir fürchten nur die Strafe der Ewigkeit. Es wisse dein Kaiser Diokletian: wir sind echte Christen und werden nicht vom Dienst des wahren Gottes weichen.“ Da verlor Lampadius die Geduld und befahl, man solle sie sofort nackt ausziehen und mit Schorpionen peitschen. Unter Heroldsrufen aber sprach er: „So geschhe denen, die des Kaisers Gebot mißachten.“ Zur selben Stunde geschah es, daß des Lampadius Seele vom Teufel geholt wurde und Lampadius, auf dem Richterstuhle sitzend, sich selbst zerfleischte, bis er tot war. Als das der Gattin des Offiziers und den Seinen bekannt ward, liefen sie mit großem Scheul alle zu den Philosophen hin, so daß der Kaiser bald Bescheid bekam. Als der Kaiser Nachricht erhielt, ward er übermäßig zornig und voll von Mut befahl er dies: „Man schaffe sofort Weisfärge, lege die fünf Bildhauer lebend hinein und werfe die Särge ins Wasser.“ Ein Bürger namens Niletius, der als Besitzer des Lam-

podius fungiert hatte, ließ den Auftrag des Kaisers ungefümt ausführen. Es wurden Weisfärge gefertigt; die christlichen Arbeiter wurden lebend hineingetan und auf Befehl des Niletias so in die Donau geworfen. Als der heilige Bischof Cyrill, des Symplizius Käufer, im Gefängnis dies Ereignis vernahm, brach ihm das Herz; und er ging zum Herrn ein.

Die heiligen Märtyrer aber duldeten für den Herrn Jesus ihr Schicksal am sechsten Tage vor den Iden“ des November.

Dies ist die Geschichte der fünf christlichen Steinmehnen, die in den kaiserlichen Bergwerken in Pannonien als Apostel des Christentums auftraten.

Wir haben die Leidensgeschichte dieser fünf Steinmehnen wiedergegeben, weil sie vom geschichtlichen Standpunkt aus sehr interessant ist. In den ersten Jahrhunderten unserer Zeitrech-nung wurden eben die christlichen Agitatoren verfolgt. Heute natürlich ist es umgekehrt. Die christlichen Gewerkschaftler ver-suchen in der Gegenwart alles, die freigeorganierten Arbeiter zu unterdrücken und die „frumbe“ Zentrumspreffe, welche den ersteren gemogen ist, unterstützt sie in weitgehender Weise. Die Erzählung selbst hat allerdings viel religiöses Beiwerk er-halten, in den Hauptpunkten aber dürfte sie wahr sein, denn unter den bauwütigen römischen Kaisern spielten die Stein-mehnen und Bildhauer eine gar gewichtige Rolle. — Sicherlich wurde auf Simplizius von den christlichen Steinmehnen auch schon ein gelinder Druck ausgeübt. Es heißt, es wollte ihm die Arbeit nicht recht gelingen. Das kann schon der Fall gewesen sein; es haben ihn seine Kollegen sicherlich an Stellen hingesteckt, wo ständige Partien zu bearbeiten waren, und da konnte der gute Simplizius natürlich mit dem besten Willen nichts ausrichten. Und der Hinweis darauf, daß dem Simplizius sein Geschirr „nicht stand“, gibt auch zu einer besonderen Deutung Veran-laffung. Vielleicht wurde dem Wasser, welches er zum Geschirr-härten benutzte, irgendeine kleine Zutat beigemischt, so war es erklärlich, daß die gehärteten Eisen nicht gut hielten. — Aus der ganzen Beschreibung geht weiter hervor, daß in der römi-schen Kaiserzeit die Steinmehnen zugleich Bildhauer waren, wir meinen das in dem Sinne, daß sie ohne weiteres die gewöhnlichen Bildhauerarbeiten herstellen konnten. Im Mittelalter, als die Gotik entstand, war ja auch keine Grenze zwischen Steinmehnen und Bildhauern gezogen.

Als sich Diokletian als Altkaifer zurückzog, ließ er sich in Spalato, einer Stadt in Dalmatien, einen ungeheuren Palast bauen, welcher heute noch gut erhalten ist und in welchem gegen-wärtig eine österreichische Bezirkshauptmannschaft ihren Re-gierungsstz ausgeübt hat. Die Leidensgeschichte der fünf christlichen Steinmehnen spielt sich bei der Erbauung jenes Palastes ab.

„Die Iden“ sind der 15. im März, Mai, Juli und Oktober, der 13. in den andern Monaten. Der sechste Tag vor den Iden des November ist — da die Römer Anfangs- und Endtermin mitzählten — der 8. November.